

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 47 Amt Dönhof 202 bis 207
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise
siehe am Schluss des reaktionären Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zurück zum Tariflohn!

Die Lohndruckverordnung Papens fällt — Tariflöhne treten wieder in Kraft

Die Papensche Lohndruckverordnung vom 5. September ist gefallen. Sie gab dem Unternehmer die Möglichkeit, bei Neueinstellungen die Tariflöhne aller Beschäftigten für die 31. bis 30. Stunde bis zu 50 Proz. zu senken.

Gegen diese Verordnung hat sich Empörung und Kampf der Arbeiter gemeldet. In vielen Fällen ist der Einbruch in die Tariflöhne im Kampfe abgewehrt worden. Nachdem der Reichstag den sozialpolitischen Teil der Notverordnung vom 4. September aufgehoben hat, mußte auch die Lohndruckverordnung beseitigt werden.

Die Reichsregierung hat gestern im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärt, daß sie die Verordnung vom 5. September aufhebt.

Damit treten die vereinbarten Tariflöhne in allen den Fällen wieder in Kraft, in denen ein Abbau auf Grund der Pappen-Verordnung erzwungen worden war! Das ist ein Erfolg des Kampfes gegen das Pappen-Regime!

Der Haushaltsausschuß hat ferner beschlossen, daß die Notverordnung vom 14. Juni aufgehoben werden müsse, die die Kürzung der Sozialrenten enthält. Die Regierung weigert sich, sie aufzuheben.

Sie kann zur Aufhebung nur durch das Plenum

des Reichstags nach seinem Wiederausbruch gezwungen werden.

Aufhebung der Lohndruckverordnung

Zur Aufhebung der sozialpolitischen Verordnung vom 5. September 1932 berichtet der Abg. Aufhäuser (Soz.) über die Beratungen des vom Reichsarbeitsministerium im Haushaltsausschuß gewünschten Unterausschusses.

Die Reichsregierung hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die Verordnung aufzuheben und ihre Absichten über die technische Regelung des Ubergangs dem Unterausschuß mitzuteilen. Die von der Regierung vorgesehenen Ausläufer konnten durch den Unterausschuß wesentlich verkürzt werden. Die generelle Ausläuferfrist wird nunmehr auf den 31. Dezember d. J. festgesetzt werden. In Einzelfällen, in denen ein Betrieb auf Grund der jetzigen Löhne Aufträge vorliegen hat, aus deren Nichtausführung Schaden erwächst, kann auf Antrag beim Schlichter die Frist bis spätestens 31. Januar 1933 verlängert werden. Der Antrag muß bis spätestens 31. Dezember 1932 gestellt sein.

Für die Fälle der zweiten Teils der Verordnung, in dem es sich um die „gefährdeten Betriebe“ handelt, ist die Ausläuferfrist mit dem 31. Januar 1933 beschränkt. Die zur Verordnung vom 5. September erlassenen Ausführungs-

verordnungen treten automatisch außer Kraft.

Mit der Aufhebung der Verordnung werden die vereinbarten Tariflöhne wieder hergestellt. Der Haushaltsausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Die Finanzlage des Reichs

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums antwortet dann auf die in der vorigen Sitzung vom Abg. Heinig (Soz.) gestellten haushaltsrechtlichen Fragen. Die Zusammenstellungen über Beteiligungen des Reichs, Subventionen, Kredite, Darlehen und Bürgschaften werden, wie verlangt, dem Haushaltsausschuß nach dem neuesten Stande umgehend vorgelegt. Der Haushaltsplan 1933/34 sei noch nicht so weit fertiggestellt, wie es normalerweise sein müßte. Der Hauptgrund sei, daß die Arbeitsbeschaffung in ihrer Wirkung auf den kommenden Haushaltsplan noch nicht übersehen werden könne.

Der Abstrich an den Ausgaben im laufenden Jahre in Höhe von 110 Millionen könne, im einzelnen aufteilt, zurzeit im Haushaltsausschuß noch nicht mitgeteilt werden. Man wolle das aber nachholen.

Abg. Herberich (Soz.) beantragt eine allgemeine Erörterung der finanzpolitischen Lage des Reichs im Haushaltsausschuß für den 9. oder 10. Januar vor Beginn der Etatsberatungen. Es wird so beschlossen.

(Siehe auch 2. Seite.)

Pressfreiheit!

Sechs Monate Notverordnung

Von Franz Neumann

Am 14. Dezember 1932 ist die Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, deren Abschnitt II das Pressenotrecht regelt, sechs Monate in Kraft. Damals erblickten Optimisten darin eine Milderung der bisherigen Vorschriften. Wer aber das Wesen der Verletzung kennt, der wußte, wie irrig diese weitgehend geteilte Meinung war und die Praxis hat alle Bedenken gegen die Optimisten bestätigt!

Während der sechs Monate der Geltungsdauer der Notverordnung sind sozialdemokratische Zeitungen innerhalb des Gebietes des Deutschen Reichs auf insgesamt 449 Tage verboten worden. Insgesamt sind 45 Verbote ausgesprochen worden, 72 Zeitungen, einschließlich der Kopfbücher, sind von diesen 45 Verboten betroffen worden. Keine Verbote sind ausgesprochen worden in den Freistaaten Bayern, Baden, Württemberg.

Die 45 Verbote verteilen sich mithin auf die übrigen Länder. Braunschweig hat zwei Verbote ausgesprochen, nachdem es unter der Herrschaft der alten Preßverordnung von 1831 bereits dreimal den „Volksfreund“ verboten hatte. Der Freistaat Anhalt hat dreimal die anhaltische Presse verboten, Oldenburg zweimal, Thüringen nicht weniger als sechsmal, Mecklenburg-Schwerin zweimal. Der Rest entfällt auf Preußen. In dieser Liste sind Verbote uns nahestehender aber nicht offizieller sozialdemokratischer Blätter nicht enthalten.

Die Beschwerde hat nur in ganz seltenen Fällen Erfolg gehabt, und zwar regelmäßig nur dann, wenn die oberste Landesbehörde bei Auspruch des Verbots formelle Fehler begangen hatte. Dagegen tritt das Reichsgericht der Beurteilung der Frage durch die oberste Landesbehörde, ob ein Aufsatz eine Beschimpfung oder eine böswillige Verächtlichmachung von leitenden Beamten des Staates, oder von Einrichtungen und Behörden und Organen enthält, regelmäßig bei. Es kann an dieser Stelle selbstverständlich nicht dargelegt werden, welche Äußerungen in den verbotenen Blättern zu den Verboten Anlaß gegeben haben. Die Praxis zeigt jedoch, daß bei bösem Willen der Verwaltung nahezu jede Nummer eines parteigenössigen Verlages verbotsreif sein könnte! Die Empfindlichkeit sowohl der Verwaltung als auch des Reichsgerichts ist ungeheuer. Jede Ironisierung eines leitenden Beamten kann bereits Anlaß zum Verbot sein. Eine irgendwie leidenschaftliche Kritik an Äußerungen der Regierungen, ein Hinweis auf politisch zu bekämpfende Handlungen von Behörden, Einrichtungen und Organen des Staates kann, wenn auch nur im geringsten die Grenze überschritten wird, zum Verbot führen. Der Begriff der Beschimpfung ist ein typischer Ermessensbegriff, ebenso wie der der böswilligen Verächtlichmachung. Derartige Begriffe entziehen sich der exakten juristischen Bestimmung. Sie können nicht erläutert, sondern nur mit anderen Worten umschrieben werden. Die Verbotspraxis zeigt, daß eine Pressfreiheit nicht besteht. Sie hat bewiesen, daß die Pressfreiheit völlig in der Hand der Verwaltung liegt.

Eine ebenso gefährliche Waffe wie das Verbot ist die Auflassenerklärung, zerfallend in die amtliche Entgegnung und in die amtliche Kundgebung.

In der amtlichen Entgegnung — amtliche Stellungnahme zu Tatsachen, die in einer Zeitung mitgeteilt werden — sucht oft

Herriots Zahlungsformel

Von den Ausschüssen abgelehnt — Beginn der Kammerdebatte

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 13. Dezember.

Die Regierung Herriot hat nach Kenntnisnahme der neuen englischen Note an Amerika folgende Note zum Schuldenproblem ausgearbeitet:

1. Die französische Regierung nimmt von der Antwort Stimsons vom 8. Dezember Kenntnis, in der die Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zuläßt, alle Elemente zu prüfen, die den französischen Antrag auf Revision und seine Inbetrachtziehung durch den amerikanischen Kongreß und das amerikanische Volk betreffen. 2. Sie

bittet um sofortige Eröffnung von Verhandlungen, die darauf hinauszielen, ein Regime zu revidieren, das unvereinbar mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage ist.

3. Die französische Regierung wird am 15. Dezember 1932 432 Dollar zahlen. Sie wird verlangen, daß diese Zahlung bei dem neu zu vereinbarenden Abkommen angerechnet wird. 4. Die französische Regierung hat die Ehre, die Regierung der Vereinigten Staaten davon zu unterrichten, daß Frankreich, solange die durch das Rotatorium geschaffene Lage aufrechterhalten bleibt und wenn nicht eine neue allgemeine Regelung der internationalen Schulden erfolgt, rechtl. und tatsächlich außer Stande sein wird, von jetzt ab die Lasten eines Regimes zu tragen, das aufrecht nur durch die Begegnung der Reparationen gerechtfertigt werden kann.

Dieser Text unterbreitete der Ministerpräsident dem Finanz- und dem auswärtigen Ausschuß, die um 2 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten. Er begründete ihn nicht näher, sondern wies nur auf den ersten Beschluß hin, den die Kammer zu fassen habe und auf die Möglichkeit, daß eine Zahlungsformel das Ende der Lausanne Abkommen zu Folge haben würde.

Beide Kommissionen berieten darauf getrennt über den Regierungsentwurf.

Der Auswärtige Ausschuß lehnte ihn mit 24 gegen 9, der Finanzausschuß mit 22 gegen 9 Stimmen ab.

Der Generalberichterstatter der Finanzkommission, Lamoureux, und das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Berger, wurden beauftragt, eine gemeinsame Entschlieung auszuarbeiten, die der Kammer zur Annahme empfohlen werden soll. Diese Entschlieung war in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt. Sie stützt sich in ihren wesentlichen Teilen auf die Entschlieung, die am Montag die sozialistische Fraktion angenommen hat, d. h. sie fordert die Regierung auf, im Einverständnis mit England und den anderen Schuldner Amerikas sofort die Einberufung einer internationalen Konferenz zu beantragen, die allen Geldüberweisungen ohne Gegenleistung ein Ende machen und die wirtschaftliche Lage sanieren soll. Bis zum Abschluß dieser Konferenz soll die am 15. Dezember fällige Zahlung aufgeschoben werden. Beide Kommissionen nahmen diese Entschlieung an.

Inzwischen hatte um drei Uhr die

Kammersitzung

mit einer Rede des nationalistischen Abgeordneten Marin begonnen, der nach der Geschäftsordnung als einziger Redner zu der am Vortage von Herriot abgegebenen Erklärung Stellung nehmen konnte. Marin sprach sich gegen die Zahlung aus, ludte aber zu beweisen, daß damit die Unter schrift Frankreichs unter dem Schuldenabkommen nicht gefährdet werde. Denn durch seine zahlreichen Interventionen, die zum Abschluß des Rotatoriums im Vorjahre und zu dem Lausanne Abkommen geführt haben, habe Hoover selbst die unterzeichneten Verträge hindernis gemacht. Kein Mensch mit gesundem Verstand und kein Jurist könnte jetzt verlangen, daß die fran-

zösische Steuerzahler allein die sich aus den Abkommen ergebenden Lasten tragen. Frankreich verlange Ächtung vor den Verträgen, aber diese Ächtung bedeute auch, daß diejenigen, die die Durchführung der Verträge unmöglich gemacht haben, sich nicht den Konsequenzen ihrer Initiativen entziehen.

Nach einstündiger Unterbrechung der Sitzung, die dadurch notwendig wurde, daß die gemeinsame Entschlieung des Finanz- und Auswärtigen Ausschusses noch nicht fertiggestellt war, gaben die Vorliegenden beider Ausschüsse ihre Beschlüsse dem Plenum bekannt. Die Verlesung des von den Kommissionen abgelehnten Regierungsentwurfs fand nur bei einem Teil der Radikalen Beifall. Die übrige Kammer schwieg. Dagegen wurde die gemeinsame Entschlieung der beiden Ausschüsse, die die Zahlung ablehnt, mit großem Beifall aufgenommen.

Franklin Bouillon, der als erster Redner für die Generaldebatte eingeschrieben war, verzichtete aufs Wort und bot die übrigen Redner das gleiche zu tun, um sofort ein einstimmiges Votum herbeizuführen und nicht einen Beschluß, der die Kammer spalte. Im Namen des Auswärtigen Ausschusses begründete darauf Abgeordneter Berger die von den beiden Kommissionen ausgearbeitete Entschlieung.

Belgien verweigert Zahlung

Brüssel, 13. Dezember.

Die belgische Regierung hat heute beschlossen, die Ratenzahlung an Amerika zu verweigern, und hat diesen Beschluß bereits offiziell dem amerikanischen Gesandten mitgeteilt.

Im gleichen Kabinettsrat war der Rücktritt der Regierung im Anschluß an die letzten Parlamentswahlen beschlossen worden, aber der König hat, wie allgemein erwartet, den Ministerpräsidenten de Broqueville mit der Bildung der neuen Regierung sofort wieder betraut.

Haushaltsauschuß gegen Notverordnungen

Die Regierung will die Verordnung über Rentenkürzungen nicht aufheben

Der Haushaltsauschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern zunächst mit der Notverordnung vom 3. September und mit Finanzfragen (Siehe 1. Seite.)

Die Rentenkürzung vom 14. Juni

Dann begann die Beratung von 14 Anträgen über ganze oder teilweise Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni, 4. September und 5. Dezember 1932, die dem Haushaltsauschuß vom Plenum vor dessen Vertagung überwiesen worden sind. An der Spitze stehen die sozialdemokratischen Anträge, ganz klein und schüchtern steht weit hinten ein einziger nationalsozialistischer Antrag auf teilweise Aufhebung der Notverordnung vom 4. September.

Der Arbeitsminister Brüpp erklärt: Die Reichsregierung sei durchaus bereit, die Härten der sozialpolitischen Notverordnungen zu beseitigen, eine völlige Aufhebung könne gar nicht durchgeführt werden, weil damit das gesamte Gebäude der Sozialgesetzgebung zusammenbrechen würde.

Abg. Karsten (Soz.): Keine der vielen Notverordnungen der letzten Jahre hat eine solche Empörung hervorgerufen wie die Notverordnung vom 14. Juni 1932, durch welche alle Leistungen der Sozialversicherung stark gekürzt wurden. Die Not der Sozialversicherung darf nicht dazu führen,

die sehr kleinen Renten weiter zu kürzen. Die Regierung hat sich die Sanierung sehr leicht gemacht, sie hat den Rentnern einfach zugemutet, den Hungerriemen enger zu schnallen. Auch Bezüge aus Versicherungen sind gekürzt worden, die keine Finanzschwierigkeiten haben. — Die Regierung muß die Mittel für die Sanierung zur Verfügung stellen.

Im Reichstag wird sich, wenn die Nazis auf ihrem Standpunkt beharren, den sie im Plenum eingenommen haben, eine Zweidrittelmehrheit gegen die Notverordnungen ergeben. Die Sozialdemokratie kann die Papen-Notverordnung unter keinen Umständen passieren lassen.

Der Abg. Cille (Soz.) sagte sich im besonderen mit den Deutschnationalen auseinander. Die sozialdemokratischen Anträge auf rechtzeitige Sanierung der Invalidenversicherung seien von den Deutschnationalen stets bekämpft worden.

Abg. Relahardt (Nsoz.) sprach in scharfen Worten gegen die Juni-Notverordnung, dann erklärte er aber, daß seine Fraktion sich noch nicht entschieden habe, ob sie der Aufhebung dieser Notverordnung zustimmen werde oder ob sie einen eigenen Gesetzentwurf als Ersatz für jene Notverordnung einbringen würde. Seine Entscheidung werde er bei Schluß der Sitzung mitteilen.

Erstling (Z.) betonte, daß seine Partei keine allgemeine Aufhebung der Notverordnung wolle, sondern ihre Änderung und Verbesserung im Einvernehmen mit der Regierung.

Vor Beginn der Abstimmung über die Anträge

zur Aufhebung der Juni-Notverordnung erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß ein solcher Beschluß des Haushaltsauschusses nicht durchgeführt werden könne, weil damit die Garantie für eine geordnete Arbeitslosenhilfe dann nicht mehr gegeben sei.

Ausschuß beschließt Aufhebung

Infolge dieser Stellungnahme erklärte das Zentrum, daß es sich, obwohl es bei dem Beschluß des Haushaltsauschusses sich noch nicht um eine Stellungnahme des Reichstagsplenums handeln werde, an den Abstimmungen nicht beteilige.

Darauf wurde der sozialdemokratische Antrag, der verlangt, daß der Reichstag beschließen solle, die Juni-Notverordnung 1932 außer Kraft zu setzen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten angenommen. Die übrigen Parteien beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Die Beratungen wurden abgebrochen und damit die Anträge zu den Notverordnungen vom September und Dezember für die nächste Sitzung zurückgestellt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Haushaltsauschusses steht außerdem noch ein Antrag wegen des Unglücks in Premnitz.

sich ein vernünftiger Gedanke: Zu verhindern, daß der Leserkreis einer Zeitung bewußt irreführend informiert wird. Die Handhabung der amtlichen Entgegnung aber ist schlechthin empörend. Die Ausübung des verwaltungsmäßigen Ermessens grenzt an Mißbrauch. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die amtliche Entgegnung in weitaus der größten Zahl von Fällen schifanos angewandt wird. Einer Bürokratie, der das Verständnis für Wesen und Bedeutung der Pressefreiheit so wenig aufgegangen ist wie der deutschen, die in der Presse vorwiegend eine unangenehme, neugierige, ihr Selbstgefühl, ihre Eitelkeit und ihre Sicherheit störende Einrichtung erblickt, darf das amtliche Entgegnungsrecht, auch wenn in der Einrichtung ein vernünftiger Kern stecken sollte, unter keinen Umständen eingeräumt werden.

Mit dem Wesen der Pressefreiheit überhaupt nicht vereinbar aber ist die amtliche Kundgebung, deren Veröffentlichung die oberste Landesbehörde nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen kann, die inhaltlich aber schlechthin unbegrenzt ist; der Inhalt der amtlichen Kundgebung kann beliebig durch die oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern bestimmt werden. So kann die amtliche Kundgebung durchaus zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Es kann die oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern sich auch der gegnerischen Presse zur Propagierung ihrer eigenen politischen Ansicht bedienen — und braucht nur dann etwas zu zahlen, wenn die amtliche Kundgebung 500 Worte übersteigt.

Die amtliche Kundgebung stellt sich deshalb als eine schlechthin nicht zu rechtfertigende Verletzung der Pressefreiheit dar. Es ist sogar im höchsten Maße zweifelhaft, ob die amtliche Kundgebung überhaupt mit dem Art. 118 der Reichsverfassung vereinbar ist, oder ob nicht das amtliche Kundgebungsrecht, weil es sich gegen die Meinungsfreiheit richtet, weil es geradezu Sondergesetz gegen die Meinungsfreiheit ist, als verfassungswidrig anzusehen ist. Die letzten 6 Monate haben erneut gezeigt, — wenn wir es inzwischen vergessen haben sollten —, wie ein hohes politisches Gut die Meinungsfreiheit und damit die Pressefreiheit ist.

Der Kampf für die Wiederherstellung der Freiheiten, die notwendige Grundlage für den politischen Befreiungskampf der Arbeiterklasse sind, darf nicht nur juristisch geführt werden, er muß politisch verbreitert werden. Da das Pressegesetz und die allgemeinen strafrechtlichen Normen genügend Handhaben für Eingriffe der Verwaltung und Justiz in die Pressefreiheit geben, kann das Ziel der Sozialdemokratie nur sein: Aufhebung des 2. Abschnittes der Verordnung vom 14. Juni 1932.

Japan brüstet sich auch England

Vermittlungsvorschlag abgelehnt — Kriegsdrohung gegen Rußland

Im Auftrag der britischen Regierung hatte ihr Votschaster in Tokio in freundschaftlichen Vorstellungen dringend gebeten, in die Einsetzung eines Ausschusses zur Beilegung des Mandchurenkonfliktes einzuwilligen, wie er in Genf vorgeschlagen worden ist. Diese Vermittlung ist — wie Tokio meldet — vergeblich gewesen. Die Regierung hat ihre Delegation in Genf angewiesen, nicht an den Sitzungen des Ausgleichsausschusses teilzunehmen.

Die Vorbehalte Japans hinsichtlich einer Beilegung des Mandchurenkonfliktes an den Neunzehnerausschuß sollen sich auch auf die Kommission erstrecken, in der Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sitzen, da diese nur einen erweiterten Neunzehnerausschuß darstellen würde.

Im Gegensatz zu den aus englischer Quelle stammenden Nachrichten wird in Tokio berichtet, daß die Meldung über die Wiederaufnahme der russisch-chinesischen Beziehungen in Japan nirgends besonderes Aufsehen erregt habe. Man sei überzeugt, daß die Haltung zur Mandchurenfrage sich dadurch nicht ändern werde. Japan sei auf eine Wiederannäherung Sowjetrußlands und Chinas längst gefaßt gewesen und habe

durch bittere Erfahrungen gewöhnt, die notwendigen Vorbereitungen zur Erhaltung des Friedens (!!) im Fernen Osten bereits getroffen. Japan habe nicht vergessen, daß der russisch-japanische Krieg von 1905 eine Folge des russisch-chinesischen Geheimvertrages von 1896 gewesen sei.

Russische Regierungsstimme

Moskau, 13. Dezember.

Die Wiederannäherung der diplomatischen Beziehungen zu China ist laut „Iswestija“ ein Beweis, daß man auch im Fernen Osten die Bedeutung normaler Beziehungen zur Sowjetunion besser zu erkennen beginnt. Die Verbindung zwischen der Sowjetregierung und China sei 1927 unter Einwirkung von Kräften abgebrochen worden, die beiden Staaten feindlich gegenüber seien. Das Regierungsblatt sagt wörtlich: Die Vertiefung der Krise und die Politik der Imperialisten hat die leitenden Kreise Chinas offenbar zu der Erkenntnis gebracht, daß der Ausfall normaler Beziehungen zur Sowjetunion ein Faktor ist, der die außenpolitische Lage Chinas nicht etwa befriedet, sondern im Gegenteil schwierig macht. Vom Abschluß der Nichtangriffspakte mit den westlichen Nachbarn der Sowjetunion und mit Frankreich zu normalen Beziehungen mit China: Das sind die Etappen sowjetischer Friedenspolitik in der letzten Zeit.

Wie verlautet, beabsichtigt die chinesische Regierung, den ehemaligen Außenminister Tscheng zum Gesandten in Moskau zu ernennen. Tscheng hat in Moskau gute Beziehungen, da er dort mehrere Jahre lebte. Die Kinder Tschengs sind in russischem Geiste erzogen.

Preußen für Amnestie!

Kein Einspruch im Reichsrat

Wie das Nachrichtenbüro des VöD. erfährt, hat die preussische Staatsregierung in ihrer heutigen Kabinettsitzung beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz im Reichsrat keinen Einspruch einzulegen.

Betrug im Strohhandel. In den Strohen Berlins wird wieder einmal ein Blätchen verkauft, das sich unter Mißbrauch des „Vormärts“-Kopfes als „Organ der oppositionellen Sozialdemokraten“ bezeichnet, in Wirklichkeit aber nichts anderes als ein kommunistisches Lügenprodukt ist. Für die kommunistische Propaganda ist es kennzeichnend, daß sie vor gemeinem Betrug nicht zurückschreckt, um ihre schmutzigen Produkte unter die Leute zu bringen.

Die interalliierten Schulden

Dämmert es endlich in Amerika?

New York, 13. Dezember.

Zahlreiche Mitglieder des Kongresses geben ihrer Ueberraschung darüber Ausdruck, daß die Meinung vertreten wird, die Schuldenszahlungen vom 15. Dezember könnten erste wirtschaftliche Störungen nach sich ziehen. Sie beginnen unter dem Eindruck zu stehen, daß auch die Vereinigten Staaten unter diesen Störungen leiden werden. Mehr und mehr bricht sich daher die Ueberzeugung Bahn, daß die Schuldenszahlung vom 15. Dezember die letzte sein wird.

Mac Fadden, der wilde Mann

Washington, 13. Dezember.

Im Repräsentantenhaus wurde heute ein Antrag des republikanischen Mac Fadden, Präsidenten Hoover in Anklagezustand zu setzen, mit 361 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mac Fadden, der als eingeschlossener Gegner Hoovers bekannt ist, hatte seinen Antrag damit begründet, daß der Präsident die Vereinigten Staaten daran hindere, Zahlungen in Empfang zu nehmen, die ihnen geschuldet würden, und in der Kriegsschuldenfrage

(schimpfliche Verhandlungen (!) mit den Vertretern der auswärtigen Mächte führe.

In den Augen Mac Faddens, der übrigens als ein nationalistischer Fanatiker berüchtigt ist, ist es also schon ein Verbrechen, daß Hoover sich auf einen Notenwechsel mit England und Frankreich überhaupt eingelassen hat. Wie würde er sich erst gebärden, wenn Hoover wirkliche Zugeständnisse den Schuldnern Amerikas gemacht hätte!

Englische Hoffnungen

Im Laufe eines der üblichen Frage- und Antwortspiele im Unterhaus erklärte Schatzkanzler Neville Chamberlain u. a.:

1. daß England ernsthaft hoffe, daß eine neue Prüfung der Schuldenfrage im Zusammenhang mit der Erörterung der Weltwirtschaftslage eine Ratifizierung des Lausanner Abkommens ermöglichen werde;
2. daß Frankreich sich bereit erklärt habe, 12 Millionen jährlich an England zu zahlen, unabhängig davon, ob Frankreich von Deutschland Zahlungen erhalte;
3. daß bisher keine gemeinsame Front der Schuldner gegenüber Amerika bestehe und daß England eine separate Regelung mit der USA erstrebe.

Die Bürgschaft

Verbürgt nach Schiller

Zu Wilhelm, dem Ermonomarchen
Schlich Jueder, den Dold im Gewande.
So'n Wälerich, so eine Schande!
„Was wollest du mit dem Doldche, sprich?“
Fragt Wilhelm, und zwirbelt den Schnurrbart sich
Steilhaft mit neröbsem Geude. —
„Ich? — Gar nichts. Auch ich bin meschugge.“
Jonathan.

Der ungeladene Besucher von Haus Doorn, ein 30jähriger Heinrich Jueder, oder Feder aus Neuch ist als Selbstkranke der deutschen Grenzpolizei übergeben worden. Vor seiner Festnahme am Montag war er auch schon am Sonntag eingedrungen und soll da behauptet haben, eine Botschaft von Hitler zu überbringen. Jueder ist wegen Eisenbahnkliefstählen mit 15 Jahren Zuchthaus vorbeistraft worden er über die Hälfte verblüht hat; vor einleeren Monaten wurde er bis 1935 mit Bewährungsfrist begnadigt. 1 1/2 Jahre war er in der Irrenanstalt Dülten zur Unterjuchung.

Elfriede Rynek begehrt heute ihren 60. Geburtstag. Eine geborene Sozialdemokratin — schon ihre Mutter, Genossin Stagemann, hatte unter dem Sozialistengesetz für die Partei gekämpft —, hat sie von früher Jugend bis zum heutigen Tage unermüdet für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus gewirkt. Seit vielen Jahren Mitglied des Parteivorstandes und Landtagsabgeordnete, ist sie nicht nur agitatorisch, sondern auch — besonders in der Arbeiterwohlfahrt — organisatorisch tätig. Die Partei, in der sie sich wie wenige einer unumstößlichen Wertschätzung und Beliebtheit erfreut, bringt ihr zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche.

Brachts Nachfolger. Die Offener Stadtvorordneterversammlung wählte den bisherigen Bürgermeister Schäfer als Nachfolger Dr. Brachts zum Oberbürgermeister.

Harzburger streiten sich wieder

Enthüllungen über Ostelbier — Sozialdemokraten ergänzen einen Naziantrag

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags, der am Montag und Dienstag tagte, stand das Verhältnis der Harzburger untereinander wieder einmal im Vordergrund der Debatte.

Die Nationalsozialisten beschwerten sich in einem Antrag über den Düsseldorf Polizeipräsidenten, der ohne stichhaltige Begründung sämtliche nationalsozialistische Wahlversammlungen verboten habe, und zwar sei dies zugunsten der Deutschen Nationalen geschehen. Die ganze Politik von Dr. Bracht und seiner Helfer in Preußen gehe darauf hinaus den Deutschen Nationalen zu helfen. Die finanzielle Unterstützung der Deutschen Nationalen durch Mittel des Reiches und des Staates erziehe sich vorläufig nach der Kenntnis des Volkes. Es stehe aber fest, daß eine ganze Anzahl deutschnationaler Großgrundbesitzer im Wahlkreis Frankfurt/Oder Millionen erhalten habe. Auf diese Weise sei der letzte Wahlkampf finanziert worden. Man habe diese Gelder unter der Bezeichnung Ostelbier und Umschuldung gezahlt und so die Parteifassen der Deutschen Nationalen Volkspartei gefüllt. So seien allein an drei Großgrundbesitzer im Kreis Lebus, die der Deutschen Nationalen Volkspartei angehören, rund 950 000 Mark gezahlt worden. Es handele sich um die Großgrundbesitzer von Flemming, Graf von Hardenberg und von Stülpner-Korpe.

Mit diesen Begründungen beantragten die Nationalsozialisten, daß die Behinderung des Wahlkampfes durch die Polizeiorgane des Herrn Dr. Bracht künftig verboten und unter Strafe gestellt werde, daß die gesamte Finanzgebarung der Herrschaftsverwaltung im Reich und in Preußen, soweit sie den Mißbrauch der Ostelbier und der Umschuldungsmittel betreffe, einer strengen Untersuchung unterworfen werde und die schuldigen Polizeibeamten sowie die Polizeipräsidenten von Berlin und Düsseldorf ihrer Ämter enthoben und gerichtlicher Bestrafung wegen Amtsmissbrauch zugeführt werden.

Im Verlauf der Beratungen schwächten die Nationalsozialisten ihren Antrag wesentlich ab. Sie verlangten jetzt, daß die Handlungswelt des Polizeipräsidenten in Düsseldorf nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht, daß die Finanzgebarung des Kabinetts von Papen nachträglich in dem Sinne einer Untersuchung unterworfen werden solle, ob Ostelbier- und Umschuldungsmittel für Zwecke der Wahlpropaganda verwendet worden seien und daß jede Behinderung von Wahlkämpfen durch partiell eingestellte Beamte künftig unter besondere Strafe gestellt werde.

Auf die Einwendungen der Sozialdemokraten, daß jetzt die Behauptung der Unterfütterung deutschnationaler Grundbesitzer nicht mehr als feststehend angesehen werde, sondern die Frage so zu stellen sei, ob überhaupt solche Mittel für die deutschnationale Propaganda verwendet worden seien, bemerkte ein Nationalsozialist, daß diese von ihm angeführten Behauptungen wahr seien. Er fügte hinzu, daß der Großgrundbesitzer von Dohna-Schlöbitten 540 000 M. und der frühere Landwirtschafts- und Ernährungsminister Graf Ranitz 500 000 M. Unterstützung aus der Ostelbier erhalten hätten. Die Untersuchungen über die Geldzuwendungen an die deutschnationalen müsse die Schleicher-Regierung vornehmen. Auf die Untersuchung dieser Geldverschwendung durch einen Untersuchungsausschuß verzichteten die Nationalsozialisten. Ihr Antrag wurde schließlich angenommen; desgleichen der Antrag, daß die Behinderung von Wahlkämpfen durch partiell eingestellte Beamte künftig bestraft werden soll.

Die Abstimmung über den Antrag gegen den Polizeipräsidenten in Düsseldorf führte bei den Nationalsozialisten zu einem kleinen politischen Betriebsunfall. Der Antrag lautet:

„Die Handlungswelt des Polizeipräsidenten in Düsseldorf gelegentlich der Abhaltung nationalsozialistischer Versammlungen ist nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung zu machen.“

Die Sozialdemokraten beantragten hinter „ist“ einzufügen: „gemeinsam mit der willkürlichen Behinderung sozialdemokratischer Versammlungen durch nationalsozialistische Minister in Braunschweig und Anhalt“. Dieser Antrag wurde gegen die Nationalsozialisten angenommen und damit die preussische Staatsregierung aufgefordert, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Willkür in Braunschweig und Anhalt ebenfalls untersucht wird. Die Nationalsozialisten stritten diese Willkür in Braunschweig und Anhalt gar nicht ab. Der Vorsitzende Hintler erklärte vielmehr, daß die Nationalsozialisten nach dem Rezept handeln würden „haust du meinen Juden, bau ich deinen Juden“. Auf die Frage, warum

es immer ein Jude sein müsse, auf den die Nationalsozialisten losgehen müßten, stammelten die Nazis Vertreter einige unverständliche Ausreden. Sie mußten aber mit süßlicher Miene hinnehmen, daß ihre Anträge, vor allem die die frühere preussische Regierung treffen sollten, sich jetzt gegen die nationalsozialistische Polizeimilitär in Klaggestalt und Anhalt richten.

Antrick spricht weiter!

Eine Erinnerung an 1902

Im Dezember 1902 beriet der Reichstag die „große Zollvorlage“, die eine ganz exorbitante Zollserhöhung bei unzähligen Positionen des damaligen Tarifes brachte. Die 86 Mann starke sozialdemokratische Fraktion setzte dem Gesetzentwurf gemeinsam mit 13 Abgeordneten der Freisinnigen Verweigerung den kräftigsten Widerstand entgegen und benutzte dabei auch die in deutschen Parlamenten selten geübte Obstruktion durch Häufung von namentlichen Abstimmungen und längliche Reden. Am Sonnabend, dem 13. Dezember, sollte der Zollentwurf endlich in die Schouler gebracht werden und die Abgeordneten hatten sich zur Abreise in die Weihnachtsferien gerüstet. Nachmittags um 4 1/2 Uhr erhielt der sozialdemokratische Abgeordnete Antrick das Wort, um sich, wie man bald merkte, in letzter Stunde noch einmal gründlich mit der Materie zu befassen. Die erste Stunde seiner Rede galt dem Reichszoll, die zweite dem Feindzoll, die dritte dem Holz-zoll, die vierte dem Speckzoll — und noch war kein Ende abzusehen. Kein Gebrüll, kein Geschwafel, mehr auf die Sache eingehend, mit souveräner Beherrschung des Materials, so daß der Präsident nicht einmal in die Lage kommt, ihn zur Sache zu rufen, setzte er seine Rede fort. Die Abgeordneten der Mehrheit zogen entsetzt zwischen dem Sitzungssaal und dem Restaurant hin und her, die Präsidenten lösten sich ab, die Kohlenstücke der Lampen wurden ausgewechselt, an der Tür wurde eine Sperre gegen ausbrechende Abgeordnete eingerichtet. — Antrick sprach frisch und munter weiter! Ueber Schinken, Blumen, Gemüse, Buchweizen, Obst und lebendige Esel. Es wird 10, 11, 12 Uhr, neugierig blickten die Reichsboten durch die Türen: Antrick spricht weiter! Er hoffte auf die Heiligung des Sonntags, er rechnete mit dem Zentrum, das noch niemals den „Tag des Herrn“ durch profane Politik entheiligt hätte — aber darin täuschte er sich. Die Frommen selber Konfessionen waren nicht gewillt, sich wegen solcher Bedenken den Raub aus den Fingern reißen zu lassen. Um 11 Uhr beendete Antrick seine Rede, sie hatte genau acht Stunden gedauert. Frisch und munter, von seinen Genossen beglückwünscht, kehrte er von der Rednertribüne herunter und im Hause kolportierten die Gegner das empörte Scherzwort: „Der scheußlichste Lärm der Sozialdemokraten ist der Antrick.“ Und sie rächten sich! Sie stimmten über sämtliche Paragraphen des Gesetzes und über 300 Positionen des Tarifes in einer einzigen Abstimmung ab — nach einer stürmischen Geschäfts-

Erfolgreiche Schnorrerei



„Melde gehorsamst: wir haben den Betrag deiner Kaiserhof-Rechnung zusammengefochten, hoher Osa!“

ordnungsdebatte, in der sich selbst Singer drei Ordnungsrufe holte. Um 4.40 Uhr morgens wurde die Sitzung geschlossen, ein für damalige Verhältnisse unerhörter Vorgang.

Antricks rednerische Leistung ist, fastel wir wissen, nur ein einziges Mal übertroffen worden. Der Deutschfortschrittler Lecher hat einmal im österreichischen Parlament 12 Stunden hintereinander gesprochen. Für Deutschland aber blieb Antrick für Jahrzehnte das Schrecken und mit Entsetzen wurde es aufgenommen, wenn der Präsident ihm wieder einmal das Wort erteilte.

Klagges in Nöten

Erwerbslosensturm gegen Nazi-Minister

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 13. Dezember.

Die Fortsetzung der heutigen Landtags-sitzung, über deren Beginn wir schon berichteten, gestaltete sich außerordentlich stürmisch. Auf den Tribünen hatten zahlreiche Erwerbslose Platz genommen, die besonders das Schicksal der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit und auf Gewährung einer Winterhilfe mit Spannung verfolgten. Als Minister

Klagges in einem Zwischenruf bei der Rede eines SPD-Abgeordneten von „verhegten Erwerbslosen“ sprach, kam es auf den Tribünen zu lebhaftem Widerspruch. Rufe wurden laut wie: „Nieder mit Klagges. — Fort mit der Hungerregierung Klagges!“ Die Sitzung wurde unterbrochen. Der nationalsozialistische Präsident ordnete die Räumung der Tribünen an. Die Nationalsozialisten selbst konnten sich vor der Liebe ihrer eigenen Anhänger nicht retten. Zahlreiche Parteifreunde von ihnen waren in das Fraktionszimmer der NSDAP gedrungen.

Da der Präsident Jörner nicht anwesend war, wandten sich die Nazis Abgeordneten in ihrer Bedrängnis an den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Riefe mit der Bitte, die Entfremdung der Eingedrungenen zu veranlassen. Genosse Riefe lehnte diese Zumutung jedoch ab.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Klagges durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Rohloff überführt, die Unwahrscheinlichkeit gesagt zu haben Klagges hat nämlich die Behauptung aufgestellt, daß die „marginalen Landräte“ in den Braunschweig benachbarten preussischen Kreisen niedrigere Richtsätze für die Wohlfahrtsempfänger angeordnet hätten als er in Braunschweig. Diese unwahre Behauptung wurde widerlegt. In Sandersheim, so führte der sozialdemokratische Redner unter lebhaften Hörschreien der Linken aus, haben nationalsozialistische Funktionäre ihre Kammer im Fürsorgeauschuß zum Protest gegen den unsozialen Kurs des Herrn Klagges niedergelagt. Die Richtsätze stehen auf dem Papier. Viele Gemeinden in Braunschweig sind durch Klagges gehalten, Sätze auszusparen, bei denen die Erwerbslosen verhungern.

Der Naziminister versuchte sich damit herauszureden, daß die Reichsregierung für sein eigenes Vergehen verantwortlich sei. Solange die Nationalsozialisten nicht im Reich für eine kräftige nationale Wirtschaftspolitik sorgen könnten, sei an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Er könne auch nichts anderes tun, als immer und immer wieder auf das Reich ermitteln. Dieses Bankrotgeständnis wurde von der Linken sofort festgehalten.

Hitlers Berater

Wir erhalten folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß die agrarpolitische Abteilung des Braunen Hauses von den Herren Darré, Reischle und mir geführt wird. Richtig ist vielmehr, daß ich mit der agrarpolitischen Abteilung in keinerlei Bindung stehe.

Es ist unrichtig, daß ich wegen falscher Bilanzführung, Kreditmißbrauch usw. im Sommer 1931 als Direktor der Gärtnerbank fristlos entlassen worden bin.

Richtig ist vielmehr, daß ich meinen nebenamtlich geführten Posten als Vorstandsmittglied der Gärtnerbank von mir aus auf Grund eigener Einsichtung im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat bereits im März 1931 aus anderen Gründen abgegeben habe. Kurt Fachmann.

Aus Feme-Heines Wirkungskreis

SA.-Führer zu Zuchthaus verurteilt — Femedrohungen gegen SA.-Mann

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Olewig, 13. Dezember.

Das Sondergericht in Olewig verurteilte nach vierstündiger Verhandlung den nationalsozialistischen SA.-Truppführer Kalle wegen Verbrechen gegen § 214 des StGB zu 7 Jahren Zuchthaus und den SA.-Mann Drobionka wegen Beihilfe zu 4 Monaten Gefängnis. Die Verurteilten waren in der Nacht zum 4. August d. J. auf einem Motorrad nach Olewig-Somica gefahren. Als sie dort von einer Polizeistreife angehalten werden sollten, gab der SA.-Mann Kalle auf die zwei Beamten aus einer 08-Pistole sieben Schüsse ab. Ein Beamter erhielt einen Bauchschuß und schwand mehrere Monate in Lebensgefahr. Der zweite Beamte erhielt einen Unterschenkelerschuß. Kalle leugnete die Tat bis zum Schluß der Verhandlung und gab an, daß ein Kommunist der Täter sei. Erst unter erdrückender Beweislast legte er im Schlusswort ein Geständnis ab. Während der Verhandlung bezeichnete er seinen Kameraden Drobionka, der von vornherein geständig war, als einen gemeinen Lumpen.

Drobionka ersuchte in einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft um Schutz nach seiner Enthaltung, da er befürchten müsse, daß man ihn umbringen werde. Seine Ehefrau sagte als Zeugin aus, daß man auch sie seitens der SA bedroht, und erklärt habe, daß ihr Mann erschossen würde. Kalle ist wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, hat vor Jahren seine sechs-köpfige Familie verlassen und mehrfach Betrug verübt und gilt als ein streifschüchter Mensch, mit dem außer der SA niemand etwas zu tun haben wollte.

In der Urteilsbegründung erklärte der Sondergerichtsvorsitzende, daß das Gericht als strafverschärfend angesehen habe, daß Kalle in öffentlicher Sitzung seinen geständigen Kameraden als einen Lumpen bezeichnet habe. In der Verhandlung wurde von Kriminalbeamten als Zeugen befundet, daß nach vertrauenswürdigem Mitteilungen von Nationalsozialisten in den Augusttagen die Ermordung von mehreren höheren Polizeibeamten durch Nationalsozialisten geplant gewesen sei.

Wasser Fachinger

zur Befreiung des Quiffs!

STAATL. FACHINGEN

Der älteste Neuköllner

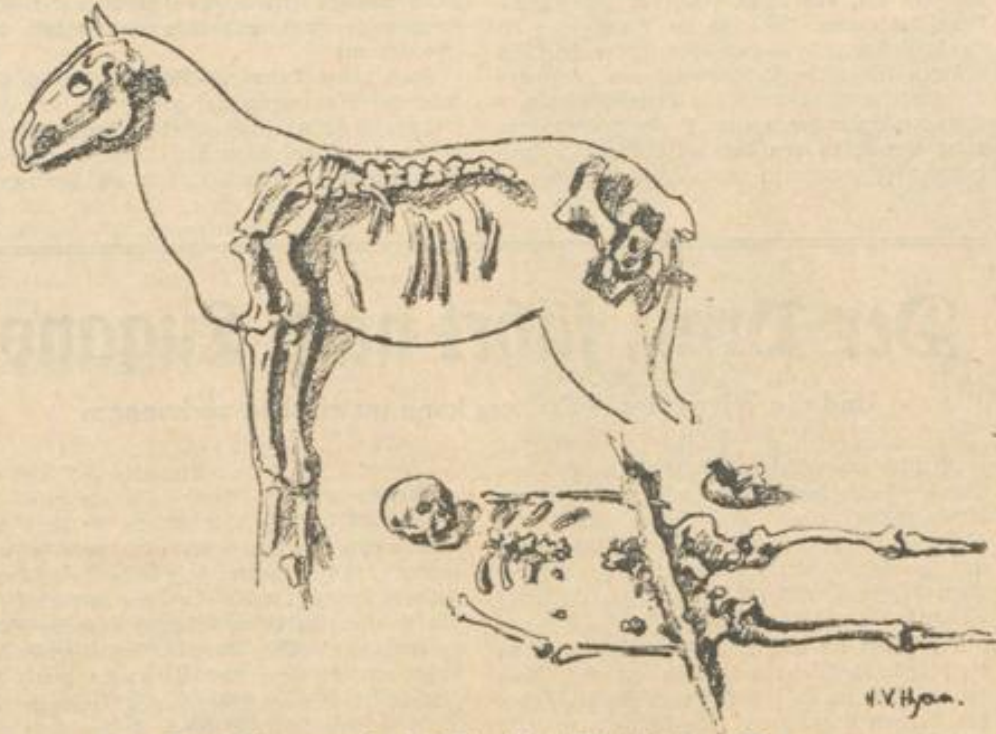
Funde aus Berlin im Märkischen Museum

Nicht nur in der Mark Brandenburg, sondern auch innerhalb von Berlin hat man bei neueren Hausbauten Reste von germanischen Gräbern aus der Völkerwanderungszeit gefunden. So kamen bei Ausschachtungen in dem Vorort Britz eine ganze Reihe von Lebersteinen zu Tage, die alle sorgfältig gesammelt wurden und nun im Märkischen Museum zu sehen sind. Zwei vollkommen erhaltene Schädel unserer Vorfahren liegen da jetzt brav unter den Glaslinsen. Formschöne Krüge und verzierte Knochenambrasse zeigen, daß auch bei den damaligen Menschen schon ein ausgeprägter Kunstsinne vorhanden war.

Auf dem Gräberfeld vom Silberberg bei Groß-Machnow wurden bei den Ausgrabungen im Jahre 1926/27 eine ganze Anzahl alter Brandgrubengräber gefunden. Auch dort lagen in den Gräbern viele Gebrauchsgegenstände der germanischen Völkstämme bei, die im 3. und 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung in der Gegend um Berlin lebten. Insbesondere befanden sich dort Glasperlen, Eisenschnallen, Fibelzotten und knöcherne Spinnwürbel. Auf anderen Fundstätten in der Mark wurden sogar vollkommen erhaltene Eisenschwerter und schwere bronzenene Ketten gesammelt. Für die Berliner aber ist von besonderem Interesse das vollständig erhaltene Gerippe aus einem germanischen Reitergrab, das in Neukölln gefunden wurde. Man nimmt an, daß es aus der späten Völkerwanderungszeit, also etwa aus dem 6. Jahrhundert n. Chr., stammt. Die Ausmaße der einzelnen Gliedmaßen zeigen allerdings, daß dieser älteste Berliner erheblich größer war, als die jetzigen Bewohner von Neukölln. Pferd und Reiter lagen zusammen in einem Grabe, so wie sie im Leben zusammen

gekämpft, gelitten und gesiegt hatten. Auch das Schwert wurde dem Toten neben anderen Sachen aus seinem Leben ins Grab beigelegt. In dieser Zeit, als das Christentum erst langsam nach Norden vordrang, herrschte noch allgemein der heidnische Brauch, den Toten auch Speise und

Trank für die Fütterung der hungernden und dürstenden Geister mitzugeben. Denn allgemein war damals noch der Glaube bei den Germanen vorherrschend, daß der Tote ein leibliches Fortleben bei den Göttern führt und dazu eine kleine Bezehrung mitbekommen muß.



Der Neuköllner und sein Pferd im Märkischen Museum

durch die Sachverständigen ergaben jedoch, daß die neue schwere Eisenkonstruktion von den bisherigen Fundamenten nicht getragen zu werden vermochte, so daß in dem Mitteltrakt des Palais erhebliche Verstärkungen vorgenommen werden mußten. Gegenwärtig ist man dabei, auch die Dachkonstruktion der beiden Seitenflügel auszubessern, hier beschränkt man sich allerdings darauf, die schadhaften Holzteile durch neue zu ersetzen. Ferner wird das Reichspräsidentenpalais einen Fahrstuhl erhalten, und weiter werden auch die im Obergeschoß liegenden Fremdenzimmer und Dienstbotenräume, die sehr windig verbaut waren, von Grund auf erneuert und neu eingeteilt. Die Baupolizei hat schließlich auch die Erneuerung einiger Treppen angeordnet, die den Sicherheitsvorschriften infolge ihres Alters nicht mehr entsprachen.

Arbeitszeit im Hospital Antrag im Stadtgemeindeausschuß

Im Stadtgemeindeausschuß, der gestern im Rathaus zusammengetreten war, haben die Sozialdemokraten den folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Trotzdem der Stadtgemeindeausschuß in seiner Sitzung vom 24. November 1932 beschlossen hatte, daß die ungeteilte sechsstündige Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Hospitälern Buch-Mitte und Buch-Ost auch weiterhin bestehen bleiben soll, ist nach uns zugegangenen Mitteilungen zum 1. 1. 1933 in obengenannten Anstalten die geteilte Arbeitszeit verfügt worden. Zugleich wurden 6 Schwestern im Hospital Buch-Mitte getündigt. Der Stadtgemeindeausschuß beschließt daher erneut: Die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Hospitälern Buch-Mitte und Buch-Ost, die ausschließlich einer halbstündigen Pause 8 Stunden beträgt, bleibt bestehen. Die zum 1. 1. 1933 ausgesprochenen Kündigungen von 6 Schwestern werden zurückgenommen.“

Der Antrag wird in einem besonderen Ausschuß durchberaten werden. — In den Fragen der Bekämpfung der spinalen Kinderlähmung und der Vereinheitlichung der Organisation der Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendämter wurden die Beschlüsse der verschiedenen Unterausschüsse bestätigt. Der Stadtgemeindeausschuß erledigte dann noch verschiedene Vorlagen über Flüchtlingspläne.

Ehrung Emil Wutzkys

Die gestrige Fraktions-sitzung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion begann mit einer Ehrung des aus dem Berliner Magistrat ausgeschiedenen Stadtrates Genossen Emil Wutzky. Der „Vorwärts“ hat die hohen kommunalpolitischen Verdienste Wutzkys aus Anlaß seines sechzigjährigen Geburtstages bereits gewürdigt. Der Vorsitzende der Fraktion Erich Klatau und Franz Künstler als Vorsitzender der Berliner Sozialdemokratie sprachen dem verdienten Kommunalpolitiker, der bereits 1899 kommunalpolitisch arbeitete, den Dank der Partei aus. Klatau gab der Hoffnung Ausdruck, die außerordentliche Arbeitskraft und wertvollen Kenntnisse Emil Wutzkys auch nach seinem Ausscheiden aus dem Magistrat der Berliner Kommunalarbeit erhalten zu sehen. Die Fraktionsmitglieder unterstrichen die Worte ihres Vorsitzenden mit dreifachem Freizeitsruf. Der so Geehrte dankte in bewegten Worten auch für ein äußeres Zeichen der Verbundenheit, ein Aquarell Krommers „Spreeufer an der Brommbrücke“, das ihm überreicht worden war.

Zugkatastrophe im Tunnel

Zwei Schnellzüge zusammengestoßen — Bisher sechs Tote geborgen

Luzern, 13. Dezember.

Eine Eisenbahnkatastrophe ereignete sich in Luzern im Güttchtunnel, durch den die Eisenbahnlinie nach Bellinzona und nach Basel-Zürich führt. Der Gotthardschnellzug 554 stieß hier mit dem aus Zürich ausfahrenden Schnellzug zusammen. Bisher sind sechs Tote geborgen worden. Vier Menschen werden noch vermisst. Zwölf Personen wurden schwer verletzt. Die Lokomotivführer der beiden Züge befinden sich ebenfalls unter den Toten. Der Reisende hatte sich eine Panikstimmung bemächtigt, da das Licht versagte und der Tunnel völlig im Dunkel lag.

*

Die Rettungsarbeiten in dem dunklen und engen Tunnel sind sehr schwierig. Die Ursache des Zusammenstoßes soll darin liegen, daß der Züricher Schnellzug bei der Signalstelle Sentimatt das geschlossene Einfahrtssignal überfuhr und dadurch in die auf den Gotthardschnellzug gestellte Ablenkungswende hineinfuhr. Die beiden Lokomotiven rasten dann gegeneinander. Glücklicherweise hatten sie noch nicht das volle Tempo, sonst wäre das Unglück ein noch

viel größeres geworden. Der Eisenbahnverkehr dort und nach dem Bahnhof Luzern ist vollständig unterbrochen.

Schulerperimente

In einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer sprach ein russischer Schulmann über die Entwicklung des Sowjetschulwesens innerhalb des Fünfjahresplans.

Die Gegensätze der Stalinisten und Trotzki-Anhänger führten gerade hier zu ganz radikalen Umstellungen innerhalb kürzester Zeit. Der ursprüngliche Entwurf des Fünfjahresplans fuhrte auf der bis 1928 eingetretenen Stabilisierung im russischen Schulwesen, die in der Hauptsache durch einen gewissen „bürgerlichen“ Triumph innerhalb der Pädagogik bedingt war und eine ruhige Entwicklung mit rein praktischen Zielen voraussetzte. 1933/34 sollte die allgemeine Schulpflicht für die vierjährige Schule durchgeführt sein. Es waren bereits Erfolge zu verzeichnen, die sich namentlich in einem Anwachsen der statistischen Zahlen zeigte, als gewisse Mißerfolge unter anderem in der „Klassenauselese“ die linke Opposition zu einem Vorstoß führte, durch den es ihr gelang, den „Stalinisten“ ihr Programm aufzuzwingen. — Ein Kulturfeldzug

wird organisiert, das Tempo der Entwicklung bedeutend beschleunigt. Es wurde versucht, das Schulwesen mit der wirtschaftlichen Produktion zu verschmelzen, alle Schulen werden einzelnen Wirtschaftskörpern, Fabriken usw. unterstellt.

Ein weiteres sehr wesentliches Moment dieser Schulpolitik war die Eingliederung der Schule in die Armee. Jeder Schüler wurde also nicht nur Arbeiter, sondern Mitglied des Wehrapparates des Staates. Aber auch starke Mißerfolge stellten sich ein. Es fehlte besonders an ausreichenden Schulräumen und ausgebildeten Lehrern. Die Lage zwang 1931 zur abermaligen Veränderung des Schulprogramms. Es erfolgte ein Rück nach „rechts“, und die Anhänger und verantwortlichen Leiter der abgetanen Politik kamen genau so nach Sibirien, wie sie ihre vor-maligen Gegner vertriebt hatten.

Haus Wilhelmstraße 73 Reichspräsidentenpalais im Umbau

Die Umbauten am Reichspräsidentenpalais, die Anfang des Sommers begonnen haben, werden voraussichtlich Ende April nächsten Jahres beendet sein.

Bei den Umbauten am Palais handelt es sich bekanntlich um eine Erneuerung der hölzernen Dachkonstruktion, die vom Schwamm befallen und durch Käferfraß zum Teil zerstört worden war und durch eine eiserne Dachkonstruktion ersetzt werden mußte. Die Prüfungen



Wo man Qualität kennt,
schwört man auf „Saba“

Der sachverständige Raucher weiß, was er will.
Er verlangt deshalb nicht irgendeine Cigarette,
sondern ausdrücklich „Saba ohne“.
So hat er die Gewähr, das Beste zu erhalten;
denn Saba-Qualität steht einzig da
und ist unübertrefflich.



In wenig Worten

Der SA-Truppführer Thomas Kroll, der am Montag mit einem Schläferschuh auf der Landstraße bei Rehna tot aufgefunden worden war, hat, wie die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und des Landeskriminalamts sowie der Gauleitung der NSDAP einwandfrei ergeben haben, Selbstmord verübt. Nach Gerüchten soll Kroll die Tat aus Liebestummer begangen haben.

Als Mörder des greisen Ehepaares Kuch und seiner Tochter in Rommeln bei Eydtkuhnen wurde der 33 Jahre alte Metzger Karl Wistot ermittelt. Der Verbrecher, ein geborener Russe, wurde in dem jetzt zu Litauen gehörenden Tauragen verhaftet.

Sechs Mädchen im Alter von 15 bis 6 Jahren brachen auf dem Altrhein beim Schlittschuhlaufen ein. Nach etwa einstündigen Rettungsarbeiten konnten alle Verunglückten Kinder nur als Leichen geborgen werden. Am schwersten von dem Unglück betroffen wurde die Familie des erwerbslosen Schlossers Jakob Weing, die allein fünf Mädchen bei dem Unglück verlor.

Der deutsche Weltflieger Bertram nahm auf seinem Heimflug eine Zwischenlandung in Bima (Sundainsel Sumbawa) vor und setzte dann den Flug nach Surabaya fort.

Im Untertagebetrieb der Bochumer Zeche „Bismarck“ wurden zwei Bergleute von einem Steinzug, dessen Signale sie überhört hatten, überfahren. Einer der Verunglückten erlag nach kurzer Zeit seinen Verletzungen.

Markthalle ohne Licht Polizeilich geschlossen

Die sogenannte „Neufällner Zentralmarkthalle“, ein Privatunternehmen, das sich auf dem der Firma Karstadt gehörenden Grundstück in der Bergstraße 89/90 in Neufällen befindet, wurde gestern nachmittags gegen 5 Uhr polizeilich geschlossen, weil plötzlich in allen Räumen der Hallenanlage das elektrische Licht erlosch.

Die Markthalle, die von einer Firma Landau u. Lehmann gepachtet worden ist, bezieht ihren Strom von der eigenen Kraftanlage der Firma Karstadt, die auf dem Nachbargrundstück einen Einzelstrombetrieb besitzt. Soweit man hört, war die Markthallenverwaltung mit der Bezahlung der Stromgebühren im Rückstand, so daß Karstadt sich schließlich, nachdem Mahnungen nichts gebracht hatten, zur Einstellung der Stromlieferung entschloß. Die Händler, die dort ihre Stände haben, bemühten sich eine große Er-

regung, doch ist es zu Zwischenfällen nicht gekommen.

Das Bezirksamt Neufällen beabsichtigt übrigens, im Zentrum des Ortsteils, in der Wöhmannsdorfer, Bornsdorfer und Salktrowstraße, einen neuen Wochenmarkt einzurichten, der am Dienstag und Freitag jeder Woche von 8 bis 13 Uhr geöffnet sein soll. Die Einrichtung dieses Marktes soll im Interesse der minderbemittelten Verbraucherkreise getroffen werden.

Mit Pistolen im Butterladen

In die Butterfiliale der Firma Gebrüder Rans in Tempelhof, Hohenzollernstraße 7, drangen gestern abend kurz vor Ladenschluß 15 junge Burken ein, von denen einige mit Pistolen bewaffnet waren. Während die Bewaffneten die Verkäuferinnen in Schach hielten, raubten die anderen Komplizen Lebensmittel und verstaften die Beute in Rucksäcke. Die Täter flüchteten in Richtung des nahegelegenen Laubengändes, wo einer von ihnen von den verfolgenden Polizeibeamten festgenommen werden konnte.

Der Prinz fährt nach Lugano

Und die Witwe des Aufsehers kann inzwischen verhungern

„Bartisch gegen Prinzen Friedrich Leopold von Preußen“ ruft der Beamte auf dem Potsdamer Arbeitsgericht aus. Als Klägerin tritt die 67jährige Witwe des prinziplichen Villenaufsehers und Verwalters Bartisch auf Uskan bei Sohnia, Frau Marie Bartisch, auf. Beklagter ist Prinz Friedrich Leopold von Preußen.

Der Mann der Klägerin hat dreißig Jahre lang die prinziplichen Häuser auf Uskan verwaltet. Nach seinem Tode im Juli 1932 haben sich die Erben des Prinzen Leopold um diese Witwe nicht mehr gekümmert und ihr bis heute keinen Pfennig Pension gegeben, die monatlich auf 59 M. festgesetzt war. Alle Mahnungen, Pfändungsaufträge blieben ohne Erfolg, da einmal der Prinz, ein andermal die Hausgutsverwaltung bzw. das Erbgut die Verpflichtung gegen die alte Frau ablehnten. Immer wieder trat die Frage auf: Wer hat für sie nun zu sorgen? Der Sohn der Klägerin, der seine Mutter vertritt, erklärte dem Potsdamer Richter: Ich habe alles versucht, um Geld zu bekommen. Ich bin bis zum Aufhebungsamt am Kammergericht in Berlin gegangen, alles hat nichts genutzt, jetzt soll das Potsdamer Arbeitsgericht meiner Mutter helfen. Ein Vertreter der prinziplichen Hausgutsverwaltung erklärte, daß diese keine flüssigen Mittel habe. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Hirschfeld, meinte: „Besteht denn nicht mehr soviel Vertrauen zu den prinziplichen Erben, daß die Hausgutsverwaltung die eingeklagte Summe von etwa 900 M. der alten Frau

Helft den Gefangenen!

Weihnachten mahnt

Bald soll der Weihnachtsbaum wieder brennen. Es ist die Zeit, da sich ein jeder nach einem bißchen Wärme und menschlicher Verbundenheit sehnt. Das weiß und fühlt auch die „Mutter“ all der jugendlichen Strafgefangenen, die Fürsorgerin der Jugendgerichtshilfe am Landesjugendamt.

Das ganze Jahr über sammelt und bittet sie fleißig um Zeichenpapier, Buntstifte, Kunststreichblätter aus Zeitschriften, Rästelgaben und Radiergummis. Das sind die Wünsche, die ihrer großen 300köpfigen Schar in Cottbus und in der Lehner Straße am meisten am Herzen liegen. Alle wollen sie zeichnen und Rästel raten. In ihren wenigen Freistunden legt dann die Fürsorgerin zu Hause und klebt und bastelt und schneidet aus.

Durch einen Aufruf im Vorjahre hat sich eine liebevolle Helferin gefunden, die die Fürsorgerin 30 schöne, selbstverfertigte Zeichenmappen beisteuerte. Aber 30 und vielleicht 50 Mappen sind noch lange keine 300, und die fürsorgende

Mutter möchte doch so gerne wenigstens einem größeren Teil ihrer Schützlinge ein bißchen Zeichenmaterial zukommen lassen. Leider schmilt der kleine Spendenfonds von Jahr zu Jahr wie Schnee in der Märzsonne. Hinzu kommt die Magenfrage. Schmalz und Äpfel, das ist die traditionelle Weihnachtsgabe, die heißbegehrt wird. Und der „Weihnachtsmann“ grübelt und grübelt: woher nehmen? Auch hier kann man wieder lange nicht so wie man möchte, denn es gibt etwas noch Dringlicheres, hinter dem alles andere zurückstehen muß.

Im Frauengefängnis Moabit und in der Barnimstraße fehlt es vielfach an der aller-notwendigsten Kleidung und Wäsche. Der Winter bringt Kälte und fordert hier ein Paar warme Strümpfe, dort warme Wäsche, ein dickeres Kleid oder einen Mantel.

Reichswehrsoldat erschossen SA-Mann als Mörder

Schwerin, 13. Dezember.

Vor dem Schwurgericht hatte sich der 20jährige SA-Mann Ernst Kruse wegen Totschlags an einem Reichswehrgefreiten aus Schwerin zu verantworten.

Den Hintergrund der Mordtat bildet eine Liebesgeschichte. Kruse und der Reichswehrsoldat hatten mit dem gleichen Mädchen ein Liebesverhältnis. Als das Mädchen sich im Juni dieses Jahres von dem SA-Mann los sagte, kam es zu einer Eifersuchtszene vor ihrer Wohnung, in der sich gerade der Reichswehrgefreite aufhielt. Kruse trat die Türöffnung ein und schoß mit einem Revolver in das Zimmer hinein. Der Reichswehrgefreite erhielt einen Bauchschuß, an dessen Folgen er einige Tage später starb. Das Gericht billigte dem Angeklagten wegen seiner Jugend mildernde Umstände zu und verurteilte ihn wegen Totschlags und wegen Vergehens gegen das Waffengesetz zu drei Jahren vier Monaten Gefängnis. — Ein mehr als mildes Urteil!

Filmattineen für Wohlfahrtslotterie

Im Rahmen der Wohlfahrtslotterie veranstaltet die Berliner Arbeiterwohlfahrt mehrere öffentliche Vortrags- und Filmabende. So wird am Sonntag, dem 18. Dezember, in Tempelhof eine Filmattinee vormittags 11.30 Uhr in den Tivoli-Kinotheater, Friedrich-Karl-Straße und Berliner Straße, durchgeführt. Der Chaplin-Film „Lichter der Großstadt“ wird laufen und Paula Kurgah wird über „Erwerbslosenhilfe“ sprechen. Der Eintritt ist nur gegen den Abschluß eines Arbeiterwohlfahrtslooses möglich. Jugendliche haben Zutritt. Im Januar sollen weitere Veranstaltungen ähnlicher Art folgen.

Kochmutterung durch die verreckten Winkel Berlin. Die nächste Wandlung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Mittwoch, 14. Dezember, unter Leitung Georg Bombardiers. Treffpunkt 20 Uhr im Tivoli-Kinotheater, Berliner Str. 16, oder Mühlentamm. Teilnahmegebühr 1 M.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirksbüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19:30 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 1. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, 16 Uhr, Erwerbslosenzusammenkunft bei Frau Martin-Luther-Str. 49, „Kommunengesellschaft“, Referent: Willi Keesel. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen.
- 2. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, 16 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: Putzmeister Str. 23, Referent: Genosse Hecht; Willdenstraße 5, „Literatur vom Fernen Osten“, Referent: Oswald Zienau.
- 11. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, 16 Uhr, Erwerbslosenzusammenkunft bei Frau Martin-Luther-Str. 49, „Kommunengesellschaft“, Referent: Willi Keesel.
- 14. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder an bekannter Stelle. „Wie erhalten die Arbeitslosen ihre Rechte in der Sozialversicherung“, Referent: Genosse Badmann.
- 21. Kreis, Freitag, 14. Dezember, 20 Uhr, Winterabend im Schrader-Saal, Poljanstraße, ausgerichtet von Weidinger Käten Falken.
- 30. Kreis, heute, Jahreshende in den bekannten Kaminen.
- 38. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, Abendsitzungen auf Sammlstätten bei Panske.
- 42. Kreis, Jahreshende in den bekannten Kaminen.
- 52. Kreis, Freitag, 14. Dezember, 20 Uhr, bei Mariand, „Selbstbefug“, gefälliger Abend mit politischem Kabarett. Die Kabarettabteilungen sind eingeladen.
- 72. Kreis, heute, 20 Uhr, bei Hofmann, Vorkämpfer Edy Paulsener Straße, Mitarbeiterbesprechung. Unsere Arbeit im neuen Reichstag, Referent: Kurt Wren. Die Funktionäre treffen sich um 19 Uhr.
- 74. Kreis, Freitag, 14. Dezember, 20 Uhr, bei Hofmann, Wachsener Str. 2, „Politische Kasse“, Referent: Willi Keesel.
- 91. Kreis, 21. Bezirk, Jahreshende heute bei Köpfer, Fontane-Edy Wahlower Straße, Referent: Karl Schoof. Alle übrigen Jahreshende fallen im Dezember aus.
- 124. Kreis, heute, Mitarbeiterbesprechung, Referent Genosse Ziegen.
- 130. Kreis, Freitag, 14. Dezember, 20 Uhr, Mitarbeiterbesprechung im Schallentrag, Hermsdorfer Straße, „Jubiläum“, Referent: Dr. Günther Joachim.

Frauenvereinigungen

- 3. Kreis, Donnerstag, 13. Dezember, 19:30 Uhr, Funktionärinnenbesprechung in der Röhrlube der W. B., Putzmeister Str. 2, n. 2 Etz.
- 4. Kreis, heute, pünktlich 18 Uhr, wieder Arbeitsgemeinschaft im Zimmer 4 des Bezirksamtes Prenzlauer Berg.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt

- 13. Kreis Tempelhof, Kaziendahl, Mariensche, Lichtsabe, Freitag, 14. Dezember, 20 Uhr, Sitzungsausschuss, 42, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Wichtige Besprechung. Alle Leiter der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt sind herzlich umhergehend abzurechnen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde

Die Ausstellung der Kinderfreunde „Kinder helfen Kindern“ ist bis zum 20. Dezember täglich in der Zeit von 10 bis 22 Uhr geöffnet. Kreis und Gruppen, die die Nachmittagsveranstaltungen besuchen wollen, müssen sich vorher schriftlich oder telefonisch in der Geschäftsstelle anmelden.

Heute spielt der Raspi um 16:15 Uhr in der Ausstellung „Das Gluckenspielchen“.

Tisch 20 Uhr Elternversammlung in den Ausstellungsräumen.

Achtung, Ordner für die Ausstellung! Heute ist der Kreis Neufällen verpflichtet.

Witze, 40. Ernst Köcker, Achtung, Haken! Ab heute befindet sich unser Heim Schindler Str. 17, Schule. Zeit und Zeitpunkte bleiben wie bisher. Heute erscheinen alle Jolken zur Probe für die Sonnenwendfeier.

Schwerenbürgen: Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Elternabend im Heim

Rohrenstraße, Sonnabend, 17. Dezember, findet unsere Sonnenwendfeier im Wohlfahrtsaal, Königin-Elisabeth-Str. 6, statt. Beginn 18 Uhr. Umfassen 20 Pfennig.

Tempelhof: Am Freitag, 13. Dezember, ab der Zeit von 18 bis 17 Uhr, treffen alle Abteilungen der NSDAP in der Tempelhofstraße 1, im „Sozialistischen Erziehungshaus“ ab abgehauen.

Neufällen: Am Sonnabend, 17. Dezember, Vorstandssitzung mit Gruppenführern um 20 Uhr im Kreisheim. Der Sportabend der Gruppen 1, 8 und 9 fällt heute, Mittwoch, aus. Spielgruppe: Wir üben heute, 17:15 Uhr, bei Weger, 18:15 Uhr die Chinesen im Kreisheim. Achtung, Neufällen! Wir treffen uns zum Besuch der Ausstellung am Freitag, 16. Dezember, 19:15 Uhr, Rathaus Neufällen; am Sonnabend, 18. Dezember, 14:15 Uhr, Dorfstraße 14 und 14:15 Uhr, Karl-Karl-Schule, 15:15 Uhr, mitbringen. Abt. Jungvolk: Donnerstag, 15. Dezember, 20 Uhr, Elternversammlung in der Karl-Karl-Schule.

Reinickendorf: Sonnabend, 17. Dezember, Fahrt nach Neu-Behleung zur Sonnenwendfeier. Treffen 16 Uhr bei Pfl. Tegel, Instrumente und Beden mitbringen. Am Dienstag, 20. Dezember, haben wir in der Ausstellung Deutscher Dienst. Jede Gruppe muß Helfer stellen. Bildungen sofort.

Hohenschönhausen: Heute sind alle Verfallenen von 17:15 bis 19:15 Uhr im Allen Schloß. Morgen kommen alle Katzen (fallen) ebenso zusammen. Jeder muß erscheinen. Montag, 19. Dezember, geben wir alle zur Ausstellung „Kinder helfen Kindern“. Wir fahren um 15:15 Uhr von der Stieglung ab.

Abt. Wehnert: Sonntag, 18. Dezember, 17 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 1. Abt. Durch Freitag ist der Genosse Fritz Jung aus dem Leben geschieden. Erhebe seinen Abschied! Beerdigung heute, 14. Dezember, 15:15 Uhr, auf dem Friedhof der Martin-Gemeinde in Hohenschönhausen, Berliner Straße.
- 16. Abt. Sonnabend, 16. Dezember, verstarb unser früherer Abteilungsleiter Franz Müller, der jahrelang in der Arbeiterwohlfahrt der Partei arbeitete. Erhebe seinen Abschied! Beerdigung heute, 19:15 Uhr, im Baumhuldenweg. Wege Beteiligung wird erwartet.
- 20. Abt. Unser langjähriger Genosse Franz Müller, Pogowr. 41, ist verstorben. Erhebe seinen Abschied! Beerdigung heute, 19:15 Uhr, im Baumhuldenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.
- 42. Abt. Unser alter Genosse Rudolf Wochs ist im 72. Lebensjahr verstorben. Erhebe seinen Abschied! Die Beerdigung findet am Donnerstag, 13. Dezember, um 12:15 Uhr, auf dem Zentralfriedhof Friedhofstraße statt. Wege Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.
- 102. Abt. Sonntag, 11. Dezember, verstarb unser alter Genosse Karl Günther, Baumhuldenweg 30. Erhebe seinen Abschied! Beerdigung Freitag, 16. Dezember, 15:15 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg. Um rege Beteiligung der Mitglieder wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Jugendbüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Treppen rechts.

Abteilungsleiter: sorgt dafür, daß wir den Freizeitsport und das Danzprogramm bekommen, daß die ausstehenden Abrechnungen noch in diesem Monat erledigt werden.

Verbilligter Weihnachtsverkauf im Buch- und Warenbetrieb der SAJ, G. B., Holz-Allee-Platz 8, 2. oben 1. Treppen. Öffnet Mittwoch und Freitag bis 19 Uhr.

Heute, Mittwoch, 20 Uhr.

Gewerkschaftshaus: Besuch der Mitarbeiterbesprechung der 1. Parteibteilung. — **Gewerkschaftshaus:** 1. Parteibteilung, 22. Kaspelshaus, — **Polizeipolizei:** Kasper Str. 1-3; Probe der Winterkassenmitglieder. — **Kronprinzler:** Frankfurter Allee 307; Schallplattenabend. — **Wasserkasse:** Dietrichstr. 123; Buchabend. — **Waldhauer:** Dietrichstr. 123; Ostauer Str. 18; Straße Margareten. — **Sponbau, Kellerei:** Lindenstraße 1; Arbeitsgemeinschaft.

Abteilung Wehnert: 1. Was soll die SAJ — Wehnert und Wehnert

berlin: Gemeindeführer: Das Programm des Zentrums. — **Friedrichshagen:** Friedrichshagen, 21. Karl-Schuler-Abend. — **Waldhauer-Wehnert:** Jahreshende der 114. Parteibteilung. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater.

Abteilung Wehnert: 1. Was soll die SAJ — Wehnert und Wehnert

berlin: Gemeindeführer: Das Programm des Zentrums. — **Friedrichshagen:** Friedrichshagen, 21. Karl-Schuler-Abend. — **Waldhauer-Wehnert:** Jahreshende der 114. Parteibteilung. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater.

Abteilung Wehnert: 1. Was soll die SAJ — Wehnert und Wehnert

berlin: Gemeindeführer: Das Programm des Zentrums. — **Friedrichshagen:** Friedrichshagen, 21. Karl-Schuler-Abend. — **Waldhauer-Wehnert:** Jahreshende der 114. Parteibteilung. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater.

Abteilung Wehnert: 1. Was soll die SAJ — Wehnert und Wehnert

berlin: Gemeindeführer: Das Programm des Zentrums. — **Friedrichshagen:** Friedrichshagen, 21. Karl-Schuler-Abend. — **Waldhauer-Wehnert:** Jahreshende der 114. Parteibteilung. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater. — **Waldhauer-Wehnert:** Sonntag, 14. Dezember, 14:15 Uhr, im Tivoli-Kinotheater.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 14. Dezember, um 19:15 Uhr, legen die Gruppen: Schöneberg, Jugendheim Berlin, 11. (Friedrichshagen), „Wie Waldhauer nach Amerika“, — **Schöneberg:** Jugendheim, Hauptstr. 13 (Gartenhaus), Friedrichshagen, — **Schöneberg-Wehnert:** Jugendheim, Lindenstr. 1, Tivoli-Kinotheater, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Sonnenberg Str. 20, Wehnert, — **Wehnert:** Jugendheim Wehnert, Colfer Str. 2, Einführung in den Sozialismus, — **Kronprinzler-Wehnert:** Jugendheim, Schönlager Str. 11, Sonde 6, rechte Eingangs, „Waldhauer-Wehnert“, — **Neufällen:** Jugendheim Pogowr. 41 (2. Hof), „Der Weg zum Sozialismus“, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Tivoli-Kinotheater, 68 (Waldhauer-Wehnert), „Wie gibt es den Arbeiter in Ausland“, — **Hohenschönhausen:** Jugendheim, Putzmeister Str. 2, Vorkämpfer, „Das neue Wehnert im Spiegel der Literatur“, — **Schöneberg:** Jugendheim, Schule, Schönlager Str. 17, Kellerei-Abend, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Baumhuldenweg, Ernststr. 16, Umbau der Wehnert, — **Charlottenburg:** Jugendheim, Wehnertstr. 40, „Kewerabfahrt — Erde — Ehe“, — **Reis:** Oberufer, Jugendheim, Ernststr. 16, Kellerei, „Umbau der Wehnert“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Wehnert:** Gemeindeführer, in der Gemeindeführer der Bau- und Baugewerkschaft „Abend“, Vorkämpfer: „Die Welt der wertvollen Jugend“, Leiter: Wehnert, — **Schöneberg-Wehnert:** Jugendheim der Schule, Kaminstraße 11, Vorkämpfer: „Jugend und Arbeit“, Referent: Hans Wehnert, — **Kronprinzler:** Jugendheim, Ernststr. 16 (Sonde 6), „Arbeitsgemeinschaft“, „Kommunisten“, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Lindenstr. 1 (Sonde 6), „Arbeitsgemeinschaft“, „Kommunisten“, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Sonnenberg Str. 20, Wehnert, — **Wehnert:** Jugendheim Wehnert, Colfer Str. 2, Einführung in den Sozialismus, — **Kronprinzler-Wehnert:** Jugendheim, Schönlager Str. 11, Sonde 6, rechte Eingangs, „Waldhauer-Wehnert“, — **Neufällen:** Jugendheim Pogowr. 41 (2. Hof), „Der Weg zum Sozialismus“, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Tivoli-Kinotheater, 68 (Waldhauer-Wehnert), „Wie gibt es den Arbeiter in Ausland“, — **Hohenschönhausen:** Jugendheim, Putzmeister Str. 2, Vorkämpfer, „Das neue Wehnert im Spiegel der Literatur“, — **Schöneberg:** Jugendheim, Schule, Schönlager Str. 17, Kellerei-Abend, — **Waldhauer-Wehnert:** Jugendheim, Baumhuldenweg, Ernststr. 16, Umbau der Wehnert, — **Charlottenburg:** Jugendheim, Wehnertstr. 40, „Kewerabfahrt — Erde — Ehe“, — **Reis:** Oberufer, Jugendheim, Ernststr. 16, Kellerei, „Umbau der Wehnert“.

Waldhauer-Wehnert sind nicht Erbkältern aus: gefälscht. Bist du Waldhauer-Wehnert? **Panflavin PASTILLEN**

Dreizehn Flaschen Sekt

Abenteuer mit ernstem Hintergrund

In diesen Tagen hat sich in Berlin in einem eleganten Lokal am Kurfürstendam in etwas zugetragen, das heiter anmutet, aber doch eine ernste Seite hat.

Es sah da ganz in der Nähe der Kapelle ein hübsches junges Mädchen, das Geschäftsführer und Kellner als „gut bürgerlich“ tagierten. Die Schöne bestellte sich ein Abendessen und trank einige Glas Pilsener dazu. Dann gab sie sich ganz dem Genuß der Musik hin. Sie bestellte ihre Lieblingsstücke und traktierte dafür die Musikanten mit Bier. Schließlich lud sie den Kapellmeister ein, an ihrem Tisch ein Glas Sekt mitzutrinken. Der sagte nicht nein, meinte aber, daß auch seine Kollegen ein Gläschen nicht auschlagen würden. Aus dem Gläschen wurden 13 Flaschen, die um 3 Uhr, bei der Postzeit, geleert neben dem Stuhl der fröhlichen Zecherin standen.

Run kam der Kellner mit der Rechnung, die 200 M. bereits überschritten hatte. Die „Dame“ ließ sich aber in ihrer Stimmung nicht stören, sondern verlangte nach einer Tasse, um in dem Hotel im Zentrum, wo sie wohne, Geld zu holen. Zufällig habe sie nicht genügend bei sich. Der Kellner und ein Musiker schlossen sich der Expedition an. Beim Portier des Hotels freilich

erfuhr man, daß die „gütige Gastgeberin“ dort völlig unbekannt sei. „Nun, das ist nicht schlimm“, sagte sie, „wir fahren zu meinem Freund, dem Bankier, der wird mir ausshelfen.“

Schon auf der neuen Taxifahrt verfuhrte sie mehrmals zu türmen, und am Potsdamer Platz sagte sie, jetzt verbiete sie sich jede weitere Herrenbegleitung, sie wolle allein nach Hause fahren. Der Kellner war freilich nicht einverstanden, sondern holte einen Schuppsitzigen. Auf der Wache stellte sich heraus, daß es sich um eine wohnungslose Elise L. handle. Die Vernehmung gestaltete sich allerdings dadurch schwierig, daß Elise über starke Kopfschmerzen klagte und nur noch zu lassen vermochte. Sie wird dem Schnellrichter zugeführt werden.

Die Sache klingt sehr lustig, aber sie hat eine ernste Seite. Gewiß mag man dem Kellner allzu große Outgläubigkeit vorwerfen. Er hätte, als die Zecher immer mehr anschwoh, sich über die Zahlungsfähigkeit seiner Kundin unterrichten müssen. Aber jetzt heißt es für ihn gegenüber der Geschäftsleitung des Lokals: Wer zahlt die rund 200 M.? Wird er haßbar gemacht, so kostet ihm das zumindest ein gutes Stück seines Monatsverdienstes.

Der Heringsraub

Mann mit dem Blindenabzeichen

Bar dem Schnellschöffengericht steht ein Mann mit einer Augentlappe auf dem rechten Auge und dem Blindenabzeichen auf dem rechten Arm. Noch minderjährig, hatte er für einen Diebstahl eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen erhalten; aus Scham vor Eltern und Bekannten unternahm er einen Selbstmordversuch. Er blieb am Leben, verlor jedoch das rechte Auge und auf dem zweiten Auge fast alle Sehkraft. Die Blindenfürsorge besorgte ihm Dauerarbeit, im Jahre 1926 heiratete er. Der Stedtschuß verursachte ihm zeitweilig heftige Schmerzen, in seinen Anfällen zerstückte er dann alles, was in seiner Nähe war, seine Arbeit mußte er mitunter monatelang aussetzen.

So war es auch am 19. November. Er hatte wieder heftige Schmerzen und blieb zu Hause. Am 22. November hielt es ihn aber auch nicht mehr in der Wohnung. Vor rasenden Schmerzen irrte er durch die Straßen, gegen Mittag verspürte er Hunger; er klopfte in der Sebanstr. 82 an eine Wohnungstür, sie blieb verschlossen. Im selben Augenblick sah er eine Frau mit einer Handtasche die Treppe hinaufgehen. Er rief sie ihr von hinten aus der Hand und lief zur Haustür. Er wurde von der Frau eingeholt, versetzte ihr einen Schlag mit der Handtasche gegen das Gesicht, daß sie zu Boden stürzte und tief weinte. Er wurde von Passanten gestellt, die Frau erhielt ihre Tasche wieder — es waren darin grüne Heringe, ein Päckchen Salz, das Portemonnaie mit 3 Mark und die Hauschlüssel. — Der Mann flüchte, man möchte ihn laufen lassen, er durfte gehen. Ein Hausbewohner verfolgte ihn aber weiter und ließ ihn verhaften.

Vor Gericht konnte der Mann eigentlich keinen rechten Grund für seine Tat angeben. Er hätte ja zu Hause etwas zu essen finden können. Er wiederholte nur immer wieder, er habe „Kohlendampf“ gehabt und sei wie irre gewesen. Das Gericht verurteilte ihn aus dem schweren Diebstahlsparagrafen, der den Täter mit Zuchthaus bedroht, wenn er sich der Festnahme mit Gewalt zu entziehen versucht, unter Jubelung mildern der Umstände zu einem Jahr Gefängnis.

Die unbegreifliche Tat des Angeklagten erscheint aber in ganz anderem Lichte, wenn man berücksichtigt, daß er genau Buch führte über seine Bettelreisen. Zwar hatte er auskömmliche Arbeit und ein Zuhause. Er litt keine Not, mighte aber sein Gebrechen und nahm die Mithätigkeit der Mitmenschen in Anspruch. Mag sein, daß er an dem Tage seinen „Kappel“ hatte. Als aber die Tür, an die er geklopft hatte, verschlossen blieb, wird er wohl aus Wut und Kummer, weniger aus „Kohlendampf“, der Frau die Handtasche mit den grünen Heringen entrißsen haben.

Von der Stadtbahn getötet

Auf den Gleisen der Stadtbahn zwischen den Stationen Friedrichstraße und Behrter Bahnhof ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. Bei Montagearbeiten wurde der 49 Jahre alte Richtmeister M. A. Licht aus Deutschkefel bei Grünberg in Schlesien von einem Stadtbahnzug der Strecke Spandau-Grünau erlöht und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande in die Charité gebracht, wo bei seiner Einlieferung aber schon der Tod eingetreten war. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

Feuerwehr als Weihnachtsmann

Möglichst veranstalten eine Reihe von Berliner Feuerwehrmännern Weihnachtsfeiern, bei denen arme Kinder aus den Bezirken mit nützlichen Dingen bedacht werden. Den Reigen dieser anerkanntswerten Weihnachtsbescherungen hat

diesmal der Zug 14. Stieglitz, der Berliner Feuerwehr eröffnet.

In den Nachmittagsstunden fanden sich über 30 Kinder in der Wache ein, denen unter dem im Lichterglanz strahlenden Weihnachtsbaum einige schöne Stunden bereitet wurden. Der Weihnachtsmann trat in Aktion, die Feuerwehrkapelle spielte schöne Weihnachtsweisen und dann wurde den Kleinen außer einem bunten Teller ein großes Paket mit Kleidungsstücken usw. überreicht. Die dankbaren Gesichter und die leuchtenden Augen der Kinder waren den Feuerwehrleuten höchster Lohn für ihr Wohltätigkeitswerk. In nächster Zeit werden noch andere Feuerwehrmänner, wie auch in den vergangenen Jahren, ähnliche Weihnachtsfeiern zugunsten armer Kinder durchführen.

Greifentragödie

Der Tod durch Gas

In der Wendenstr. 4 wurde gestern die Tragödie eines greifen Ehepaars endete.

Im dritten Stockwerk wohnt dort der 74 Jahre alte Rentnerempfänger Ernst Brody mit seiner um zwei Jahre jüngeren Frau Minna. In letzter Zeit kränkelte die alte Frau und das hat offenbar in dem greifen Ehepaar den Entschluß reifen lassen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Am Montagabend wurde das Ehepaar von Hausbewohnern zum letzten Male gesehen. Als sich Dienstag mittag auf dem Treppengang starker Gasgeruch bemerkbar machte, wurde die Feuerwehr alarmiert. Die Beamten verschafften sich Einlaß und in dem völlig mit Gas erfüllten Schlafzimmer fand man die Lebensmüden regungslos auf. Die Rettungsversuche der Feuerwehr waren ohne Erfolg.

Kleintierzüchter-Arbeit

Eine wohlgelungene Ausstellung

In diesen Tagen hielt der Bezirksverband Neufölln-Treptow e. V., Mitglied des Provinzialverbandes der Kleingärtner e. V. der Provinz Brandenburg seine 10. große Jubiläumsgeselligkeits- und Kaninchenausstellung in Wlogers Festsaal in Treptow ab. Auf der Ausstellung waren alle Rassen von Kaninchen vertreten. Unter den 119 Bewerbern errangen die Schwarzblaukaninchen den ersten Preis. 135 Hühner nebst 42 Zwerghühnern vertraten das kleine Federpflanz, hinzu kamen noch einige Guben. Die Tauben präsentierten sich in der stattlichen Zahl von 167 Stück. Auch hier fiel die Vielfältigkeit der Rassen auf. Man bewunderte eine Sonderklasse der Brief- und Flugtauben. Das ganze Bild der Ausstellung wurde durch die Dekoration, welche in lebenswürdiger Weise vom Gartenbauamt Treptow unentgeltlich gestellt war, im Verein mit dem Banner der Kleingärtner in harmonischen Farben dargestellt und der Vorhänge des Bezirksverbandes, Korch, konnte in seiner Eröffnungsrede dem Protokoll Bürgermeister Scholz und dem Ausstellungsleiter Gustav Krüger für den glänzenden Aufbau der Ausstellung danken.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Schwach wolkiges bis heiteres Wetter, nachts nur noch ganz leichter Frost, am Tage ziemlich mild bei schwachen südlichen Winden. — In Deutschland: In ganz Deutschland fortwährende Erwärmung, sanft wolkig bis heiter. Strichweise, besonders in Süddeutschland, Nebelbildung. Niederschläge von Bedeutung werden nirgends fallen.

Dr. Franz Hoffinger. Das altberühmte Heilmittel St. Basilien hilft in vielen Fällen mit zum Gelingen und macht Gefunde widerstandsfähiger gegen das Gerstenkeim.



Hut ab vor IMI's Leistung!

Das sagen auch Sie, wenn Sie seine stark fettlösende Kraft an Hunderten der schwierigsten Dinge erprobt haben. Dann werden Sie die Begeisterung verstehen, die IMI täglich aufs neue erweckt. Mit welch unzulänglichen Mitteln sich die Frauenwelt bisher abmühen mußte! Mit einem Schlage hat hier IMI Wandel geschafft. Reinigungssorgen gibts nicht mehr - wo IMI das Zepter schwingt.

Wo Reinheit lacht - hat IMI Pate gestanden.

3 102/528
zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen, für Geschirr und alles Hausgerät

Hergestellt in den Persilwerken.

Der erste Erfolg

Papen-Programm erledigt — Und nun Arbeitsbeschaffung!

In Verfolg des Beschlusses des Reichstags, wonach die Rotverordnung der Regierung Papen vom 4. September außer Kraft gesetzt ist, hat sich nunmehr die Reichsregierung bereit erklärt, daß gesamte „Ankurbelungsprogramm“ der Regierung Papen, das darin bestand, durch Lohndruck und Einstellungsprämien die Unternehmer zu subventionieren, außer Kraft zu setzen. Im allgemeinen wird am 31. Dezember (in Ausnahmefällen am 31. Januar)

der Lohnabbau außer Kraft gesetzt,

der auf Grund der Rotverordnungen bei Neueinstellungen vorgenommen worden ist.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind solche Lohnabbaumaßnahmen teils durch Verhandlungen, teils durch Streik abgelehrt worden für 108 869 Beschäftigte, während für 125 018 Beschäftigte der Lohnabbau zur Durchführung kam. Da man annehmen darf, daß dieser Lohnabbau vornehmlich in den Betrieben zur Durchführung kam, wo die Belegschaft nur schlecht oder so gut wie gar nicht organisiert ist, so daß also ein Teil der Lohnabbaumaßnahmen von der Erhebung des ADGB nicht erfaßt worden ist, so kann man die Zahl der Beschäftigten, die von den Lohnabbaumaßnahmen betroffen worden sind, auf rund 150 000 schätzen. Für diese wird also der Lohnabbau im allgemeinen ab 1. Januar wieder außer Kraft gesetzt.

Doch darin erschöpft sich keineswegs der Erfolg des Widerstandes,

den die freien Gewerkschaften gegen den Lohnabbau durch Rotverordnung geleistet haben, unterstützt durch das Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei. Es handelt sich hier um mehr. Die Rotverordnung des Kabinetts von Papen hat bekanntlich die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufgehoben. Obwohl diese Unabdingbarkeit der Tarifverträge in der Verfassung verankert ist, haben sich die freien Gewerkschaften nicht darauf beschränkt, gegen diese Rotverordnung den Rechtsweg zu beschreiten. Das später gefällte Urteil des Reichsarbeitsgerichts hat die Befristung geliefert, daß

das reine Recht eine recht unsichere Grundlage bildet, wenn hinter dem Recht nicht auch die Macht und der Wille steht, dem Recht zum Siege zu verhelfen.

Und deshalb haben die freien Gewerkschaften von vornherein die Arbeiterschaft aufgerufen zum Widerstand gegen jeden Versuch, die Löhne auf Grund der Rotverordnung abzubauen.

Der Erfolg dieses Widerstandes drückt sich nicht nur darin aus, daß für nahezu die Hälfte der betroffenen Belegschaften der Lohnabbau abgewehrt worden ist. Die entschlossene Haltung der freien Gewerkschaften hat erst diesen politischen Erfolg ermöglicht. Ohne Optimismus zu sein, kann man wohl sagen, daß sich nicht so leicht eine Regierung wieder finden wird, um den Versuch zu wagen, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufzuheben. Das moralische Gewicht dieses Widerstandes war so stark, daß selbst die von den Unternehmern subventionierten Nationalsozialisten, daß die Partei, für die sich ein Thron begehrt, gezwungen war, ihren Anhängern in den Fabriken den Widerstand gegen den Lohnabbau zu gestatten und im Reichstag für die Aufhebung der Rotverordnung zu stimmen. Gewiß ist die Aufhebung dieser Rotverordnung erleichtert worden durch die offenkundige Tatsache, daß

das ganze Ankurbelungsprogramm des Herrn von Papen elend gescheitert

ist. Nach den Feststellungen des ADGB sind insgesamt nur 42 210 Neueinstellungen von Unternehmern erfolgt, die sich auf die Rotverordnung beriefen, um die Prämien zu erhalten und auch das Recht, die Löhne von der 31. bis zur 40. wöchentlichen Arbeitsstunde zu senken. Wir haben bereits nachgewiesen, daß auch diese lächerlich geringe Zahl von Neueinstellungen mit einer Ankurbelung der Wirtschaft, wie sie Herrn von Papen vorschwebte, nichts zu tun hat.

Es wird und muß also ein anderer Weg gesucht werden, um dieser fürchterlichen Arbeitslosigkeit endlich Herr zu werden. Auch hier ist nunmehr offenkundig, daß der Weg des Herrn von Papen,

der Weg über die Initiative des Privatkapitals nicht gangbar

ist. Es ist heute so gut wie unbestritten, daß eine Arbeitsbeschaffung großen Stils nur über die öffentliche Wirtschaft durchführbar ist, so wie sie von den Gewerkschaften oder Richtungen und von der Sozialdemokratischen Partei seit Jahr und Tag gefordert worden ist.

Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß nunmehr versucht werden wird, diese unvermeidliche Arbeitsbeschaffung über die öffentliche Wirtschaft zu sabotieren.

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei werden nicht locker lassen.

Sie haben für sich das Gewicht des gescheiterten Experiments des Herrn von Papen und das ungeheure Gewicht der Massenarbeitslosigkeit, die die private Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen in den Abgrund treibt.

Ob und wie weit auch die Rotverordnung vom 14. Juni aufgehoben wird, die der stärkste Schlag gegen die Arbeiterklasse war, steht noch nicht fest. Als feststehend kann man aber auch jetzt schon ansehen,

daß diese schlimmste aller Rotverordnungen des Papen-Regimes in wesentlichen Punkten torrigiert werden wird.

Wir erinnern den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister an die Denkschrift, die er an den früheren Reichsarbeitsminister unterm 27. Oktober gerichtet hat. Wir erinnern den Reichsarbeitsminister an seine Feststellung als Präsident der Reichsanleihe, daß diese in der Lage ist, 600 000 Arbeitslose in der Arbeitslosenversicherung mehr zu unterstützen. Wir haben gestern die bereits vorhandenen Geldmittel aufgezeigt, die es ermöglichen, vom Januar bis Ende April 5 Millionen Arbeitslose wesentlich besser als bisher zu unterstützen. Es wäre nicht zu ertragen, wenn von diesen vorhandenen Geldmitteln nicht der entsprechende Gebrauch gemacht würde.

lungen eine Ratifizierung ermöglichen, werde eine neue Vorlage gemacht werden.

Als weitere Besprechungen, weitere Verhandlungen, weitere Vorlagen — wenn das so weiter geht, können die Bergarbeiter alt werden wie Methusalem, und das internationale Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau ist in Deutschland und in den übrigen Hauptkohlenländern noch immer nicht ratifiziert.

Schiedspruch für Schneider Noch immer Lohnabbau

Die Schlichtungsverhandlungen zur Neuordnung des Reichstariers der Maßschneiderei, die dieser Tage in Leipzig stattfanden, führten zu einem Schiedspruch. Er bringt eine Verschlechterung in der Urlaubsschädigung; ebenso kürzt er den Anteil des Lohnes für Junggehilfen in der

Arbeitsamt Berlin-N.

Mißstände, die zu beseitigen sind

Aus dem Arbeitsamt Berlin-Nord gehen uns sowohl von Arbeitslosen als auch von Angestellten des Arbeitsamtes Beschwerden über Mißstände zu, von denen wir dringend wünschen, daß sie schleunigst abgestellt werden.

In erster Linie wird geklagt über die mangelhafte Beheizung der Räume, in denen sich die Arbeitslosen und die Arbeitsamtsangestellten aufhalten. Gerade in den letzten Tagen ist es vielfach vorgekommen, daß in diesen Räumen Temperaturen von 13 bis 14 Grad Celsius waren, so daß die Angestellten an ihren Arbeitsstätten froren und die Arbeitslosen, deren Kleidung vielfach mehr als dürrig ist, in der Vermittlungsstelle fröstelnd auf und ab liefen, die Hände in den Taschen vergraben. Unter den Angestellten des Arbeitsamtes Berlin-Nord hat es noch nie einen so hohen Prozentsatz von Erkältungskrankheiten gegeben wie gegenwärtig. Dabei ist in allen Räumen Dampfheizung, die aber völlig unzureichend beheizt wird. Nach unseren Informationen müssen vom Arbeitsamt Berlin-Nord in den Wintermonaten 900 Mark monatlich für die Heizung neben der ordentlichen Miete an die private Hausverwaltung gezahlt werden, was immerhin ar-

Damenschneiderei am Volkshaus um einige Prozent. Der Volkshaus soll nach sechs Berufsjahren (bisher fünf) erreicht werden. Die örtlich festgelegten Stundenlöhne sollen wieder zu einem zentralen Lohnabkommen zusammengefaßt werden.

Die neuen Urlaubsbestimmungen gelten nur für 1933. Der Rahmenvertrag soll bis zum 31. Dezember 1933 und das Lohnabkommen bis zum 30. April Gültigkeit haben.

Dummer Haß

Hetze gegen die Gewerkschaften

Haß macht blind und dumm. Da brachte die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vor kurzem einen Artikel, in dem mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß nur noch 1,5 Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften voll arbeiten. Die Arbeitslosen und kurz arbeitenden Mitglieder zählt das Organ der Grubenbarone nicht mit, um eine möglichst kleine Mitgliederzahl herauszurechnen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Unfug lohnt sich nicht. Mit seiner Methode wird das Scharfmacherorgan demnächst noch nachweisen, daß gewisse von der Arbeitslosigkeit besonders heimgesuchte Verbände überhaupt keine Mitglieder mehr haben.

Bei den Gewerkschaften ist es nicht üblich, daß das arbeitslose Mitglied im Stich gelassen wird. Auch das arbeitslose Mitglied ist Mitglied und mit Einfluß der erwerbslosen und kurz arbeitenden Mitglieder zählen die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1931, also bereits mitten in der Krise 4,4 Millionen Mitglieder. Das sind, wie die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, betont, immer noch rund 300 000 mehr als im Jahresdurchschnitt 1925, in welchem nur 6,7 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren.

Wenn die Scharfmacher sich selbst täuschen wollen — na schön. Die Deffentlichkeit können sie mit ihrer Hetze gegen die Gewerkschaften heute schon nicht mehr so leicht einfangen. Ein klein wenig hat sich das Blättchen schon gemeldet. Auch in den Kreisen, die sich früher nicht genug über die Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften aufregen konnten, ist es heute, wie „Die Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, zutreffend bemerkt, recht still geworden. So manchem, der jahrelang in der Hetze gegen die Gewerkschaften mitmachte, weil sie zum guten Ton gehörte, ist in der Zwischenzeit ein Licht aufgegangen. In der Zwischenzeit wurden ja auch einige Erfahrungen gemacht, und Erfahrungen sind halt eine teure Wissenschaft; sie machen manchen klug und — arm.

Im Fortausfluß des Preussischen Landtags wurde am Dienstag u. a. ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, dafür zu sorgen, daß der beabsichtigte Lohnabbau in der Forstwirtschaft unterbleibt.

Tschechoslowakische Staatsangehörige, die nach dem 30. September 1932 ihren Anspruch auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben oder erschöpfen, erhalten nunmehr die Krisenunterstützung unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie deutsche Reichsangehörige. Die Tschechoslowakische Republik leistet zu den Kosten der Fürsorge für tschechoslowakische Staatsangehörige im Deutschen Reich von Oktober an einen angemessenen Betrag.

Um die Arbeitszeit

Wie lange noch Komödie?

Vor kurzem ging plötzlich eine Meldung durch die Presse, die von Arbeitszeitverkürzung in den Reichs- und Staatsbetrieben sprach. Die Belegschaften wurden alarmiert; sie bestürmten die Gewerkschaften mit Anfragen. Was war los?

Der Reichsfinanzminister hatte an die nachgeordneten Dienststellen ein Schreiben gerichtet, wonach eine Erhebung über die Möglichkeit einer Arbeitsreduzierung zum Zweck der Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt werden soll. Diese Erhebung war im Anschluß an eine Besprechung im Reichsfinanzministerium über Tariffragen der Reichsarbeiter, bei der auch die Frage der Kürzung der Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden zur Erörterung stand, beschlossen worden. Zur Bereuhigung der Belegschaften teilte der Reichsfinanzminister den Angestelltenorganisationen mit, er beabsichtige nicht, dem Reichskabinett eine Streidung der Arbeitszeit der Angestellten zum Zweck der Neueinstellung vorzuschlagen. Man war so klug wie zuvor — so klug, wie schon das Reichswehrministerium Ende Juli war, als es nach Abschluß der damals stattgefundenen Arbeitszeitverhandlungen betonte, daß

eine Einkommensreduzierung durch Herabsetzung der Arbeitszeit nicht mehr möglich

erscheine, ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer und ihr Arbeitswille darunter leide. Heute ist die Einführung der 40-Stunden-Woche erst recht nur noch möglich bei einem gleichzeitigen Lohnausgleich. Ebenso ist die Einführung der 40-Stunden-Woche nur dann praktisch von Erfolg, wenn die Unternehmer einschließlich der Verwaltungen der öffentlichen Betriebe gezwungen werden, entsprechend der Kürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen. Gerade nach dieser Richtung haben aber die Gewerkschaften sowohl beim Reich als auch bei den Ländern recht irrtümliche Erfahrungen gemacht. Es ist genau ein Jahr her, daß in Preußen eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach überalterte Arbeitnehmer und Doppellohndiener aus den Betrieben zu verschwinden haben, um jungen Arbeitskräften Platz zu machen. Was geschah?

Die Entlassungen wurden prompt vorgenommen. Eingestellt wurde aber höchstens ein Drittel an Stelle der Entlassenen.

Der Zweck der Vereinbarung wurde also nicht erreicht.

Zu Beginn der Krise wäre eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich noch möglich gewesen. Die Stunde wurde aber damals nicht genutzt, weil die Unternehmer damals wie in der Folgezeit die Regierung auf Irrwege abdrängten. Das Ziel der Unternehmer war und ist, um jeden Preis jede Arbeitszeitverkürzung, auch eine solche ohne Lohnausgleich, zu verhindern. Sie haben schon nach der Inflationsperiode eine absolut unnötige und unberechtigte Verlängerung der Arbeitszeit erzwungen, und heute wie damals vertreten sie den Standpunkt, Deutschland könne nur durch eine möglichst lange Arbeitszeit gerettet werden. Hartnäckig sträuben sie sich logar, zuzugeben, daß

die Rationalisierung für die Arbeitszeit Konsequenzen haben muß,

und in der Debatte über die Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung, die im kommenden Jahre in den Vordergrund der internationalen sozialpolitischen Arbeit rücken dürfte, verschmähen sie kein noch so törichtes Gerede zur Vernebelung der Sachlage und zur Einschüchterung der Regierungen. Diesseits und jenseits der Grenze arbeiten sie nach dem gleichen Schema. Der deutsche Unternehmer behauptet, die gezielte Festlegung der 40-Stunden-Woche hindere eine Reubehebung der Wirtschaft in der Zukunft und bedeute vor allem für die Exportindustrie eine Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit, und der Unternehmer des Auslandes behauptet das gleiche. Hier wird Komödie gespielt, eine Komödie, die sich für die gesamte kapitalistische Welt zur Tragödie wandelt.

Vertagen, vertagen!

Dem Reichstag ist von der Regierung unter zahlreichen internationalen Abkommen auch das über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau vorgelegt worden. Die Regierung erklärt, daß es zweckmäßig erscheine, vor endgültiger Stellungnahme zur Frage der Ratifizierung das Ergebnis weiterer Besprechungen der wichtigsten am Kohlenbergbau beteiligten Länder abzuwarten. Das Übereinkommen über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau werde daher dem Reichstag zur Zeit nur vorgelegt, um die international vorgegebene Frist zur Vorlegung zu wahren. Für den Fall, daß weitere Verhand-

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von Sigurd Christiansen

Dann dachte er an die beiden und wie man sie gefunden hatte. Seltsam genug hatte sich in ihm auch der Anblick der leeren hingeschleuderten Kassen festgebrannt. Besonders Quisthus' Kasse lag er vor sich, zwischen zwei umgeworfenen Schemeln und einem Postfach lag sie. Sie sah aus, als hätte sie jemand auf den Boden geschmissen. Die eine Seite war ganz verbeult und der Deckel baumelte hilflos an dem einen Scharnier. Es war eine ganz gewöhnliche Blechkasse, außen grün und innen rot. Der Blecheinfaß mit den kleinen Fächern für das Wechselgeld und die Freimarken lag daneben, und der war leer, gähnend leer. Aber der Schlüssel steckte drin. Lüderiens Kasse war gänzlich verschwunden; wenigstens hatte man sie, als er ging, noch nicht gefunden. Die war wohl verschlossen gewesen. Auch seine eigene Kasse fiel ihm ein. Aber — seltsam — die hatte weniger Eindruck auf ihn gemacht. Hübsch und leer hatte sie auf dem Tisch gestanden. Ich hätte sie hinschmeißen sollen, ehe ich nach Hilfe rannte, dachte er in gereiztem Hohn, das hätte wohl mutiger ausgesehen. Aber er unterbrach sich selbst. Nein, keinen Hohn gegen ihn, der sterben muß. Es war ja Quisthus' Kasse, die auf dem Boden lag. Der hatte Mut gehabt. Wenigstens hat er getan, was ich nicht tat. Vielleicht, weil ihm weniger Zeit zum Überlegen blieb. Wäre er zur Bestattung gekommen, hätte er es vielleicht auch anders gemacht. Ganz bestimmt. — Herr des Himmels, wie der Aermste ausfiel!

Die Erinnerung an den Anblick machte ihn frösteln, und er mußte die Augen schließen, wobei sich sein Oberkörper ein wenig zurückbog. Er ballte die Fäuste wie im Krampf und sein Gang wurde rascher und erregter. Auf dem Gesicht hatte er gelegen, der freundliche, liebe Quisthus. Der eine Arm unter ihm und der andere im Winkel vom Körper abgehend. Durch die dünnen blonden Haare war ein wenig Blut gesickert. Nicht viel, nur ganz wenig. Vermutlich vom Schlag her. Aber, was ihn getötet hatte, war ein anderer Schlag oder der Sturz auf die steinernen Platten; denn als sie ihn umdrehten — mein Gott, mein Gott, Berger stöhnte laut auf, wie er da im halben Taumel allein mitten in der Fahrstraße ging. Er bog das Gesicht zur Seite und die Kehle wurde ihm eng.

Er versuchte den Eindruck loszuwerden, indem er an Lüderien dachte. Der hatte rot-haarig und verdattert auf dem Boden gesessen und war, als sie kamen, verwirrt aber energisch aufgefahren, als wolle er sich auf etwas stützen und wisse doch nicht auf was. Er hatte sich dann ganz zum Mittelpunkt gemacht — zusammen mit Quisthus. „Wir“, hatte er immerzu gelacht. „Wir — wir.“ Und es war ganz klar, daß er damit nur Quisthus und sich meinte.

Sie wurden im selben Auto nach dem Krankenhaus überführt. Aber es ist doch ein Unterschied, totgeschlagen zu werden oder nur eine belanglose Schramme am Schädel abzukriegen. Der eine hatte sein Leben eingebüßt, der andere bloß eine Handvoll rötlisches Haar.

Berger arbeitete sich in eine stille, aber inatimmige Wut hinein. Wie das dem Lüderien ähnlich sah! Dieser träge und pflichttreue Augenbediener. Ein Licht, hoch oben auf einem Scheffel. Zum Mitleid war kein Grund da. Der würde die paar roten Haare mit Zinnen bezahlt kriegen. Berger ertappte sich bei einem Gedanken und schämte sich dessen nicht: Es würde mir weniger nahegehen, wenn Lüderien sterben müßte.

Fünf Minuten später war er zu Hause. Er klingelte an seiner Tür in jäher Beklemmung. Und während er wartete, sank es schwer auf ihn: Wie wenig fehlte und ich stünde nicht hier. Es hätte sein können, daß es heute mittag das letzte Mal gewesen wäre. Er dachte sich so lebhaft in diese Vorstellung hinein, daß es ihm einen Augenblick vorkam, als wäre es wirklich so. Er sah sich selbst tot hingestreckt liegen, das Gesicht leichenhaft und die Augen gebrochen, die

Hände zusammengekrampft unterm Kinn, das starr und tot in die Luft ragte. Ueber dem rechten Auge war ein dunkles Loch mit Blutgerinzel und an Auge und Schläfe vorbei lief ein ganz schmaler Streifen frischen Blutes, der sich in einer kleinen klebrigen Pfütze auf den Steinfliesen sammelte.

So sah er sich — nicht jede Einzelheit, sondern alles in einem einzigen beklemmenden Gesicht. Er fühlte keine eigene unterlegte Gestalt, wie sie hingeschleudert dalag, fühlte kein Gesicht, das lange, unregelmäßige Gesicht mit der großen, hageren Nase. Sogar die Warze hinter dem rechten Ohr fühlte er — dicht hinter dem Blutstrom.

In wilder Qual, mit zusammengepreßten Zähnen und geschlossenen Augen lehnte er das verzerrte Gesicht an den Türrahmen,

wobei ein Gefühl von heftigem Hunger ihn schlaff zusammenknicken ließ.

Da ging die Tür auf und zeigte ihm ein erschrockenes Kindergesicht.

„Bati, du? Bist du krank?“
Er richtete sich verlegen auf und versuchte zu lächeln. Aber es war nur ein mattes und hilfloses Lächeln.

„Bloß der Kopf. — Ein bißchen Kopfweh. — Es wird sich schon geben, wenn ich gegessen habe.“

Er tastete sich in die Diele hinein und der Kleine machte die Tür zu. Er war fünf Jahre, und sah aufmerksam zu, wie der Vater Hut und Mantel weghängte.

„Mutti ist nicht zu Haus.“

Berger wandte sich um und die jähe Enttäuschung stand deutlich in dem bleichen Gesicht zu lesen.

„Nicht zu Haus?“

„Sie kommt aber bald. Sie ist zum Kaffee eingeladen bei Frau Quisthus, und wir möchten doch mit dem Essen auf sie warten. — Aber, Bati — Bati, was ist dir denn bloß?“ Der Kleine rüttelte erschrocken an des Vaters zusammengefunkenen Gestalt, die sich an die Wand lehnte, nahe am Zusammenbrechen. „Was ist denn bloß, Bati?“

Jetzt nahm Berger sich rasch zusammen. Er richtete sich auf, und in der wilden Sehnsucht, etwas Weiches und Lebendiges dicht bei sich zu fühlen, hob er den Jungen hoch auf den Arm und trug ihn in die Stube

hinein. Er preßte ihn an sich und sagte verzweifelt: „Quisthus ist tot, mein Junge.“

Der Junge sah den Vater an, großäugig, bang und verwundert. „Tot?“ fragte er — „tot?“

„Ja, mein Junge.“ Und der Vater sah in stummem Schmerz auf. Er sah in das freidewige Gesichtchen, sah in beklemmender Angst, wie die kleinen, fast farblosen Lippen sich strafften, und er sah, wie die Augen trotz heldenmütigen Widerstrebens sich mit Tränen füllten. Da fiel ihm in seinem Schmerz ein, wie munter und kinderlieb Quisthus gewesen war und wie sehr der Junge an ihm gehangen hatte. Und er sah teilnehmend und barmherzig auf den Knaben, der noch immer auf seinem Arm saß.

Der Kleine aber hatte an ganz etwas anderes gedacht. Er baute seine Händchen in des Vaters langes Haar, hatte sich fest daran und jauchte ihn immer wieder, ohne daran zu denken, ob es etwa weh täte. Und während er zu lächeln versuchte, um sich tapfer zu halten, um zu zeigen, daß er trotz allem ein großer Junge sei, brach es in verzweifeltstem Glüd aus ihm hervor: „Aber du bist doch nicht tot, Bati — du bist nicht tot.“ Da fühlte Berger sich von einem Glüd durchbebt, so tief und lebensvoll, wie er es nie zuvor gefühlt hatte. Und von einer fast heiligen Dankbarkeit ohne Grenzen. „Bist du froh darüber?“

(Fortsetzung folgt.)

Gerhart Herrmann Mostar: An mein Reh

Wo ist deine Mutter, mein Reh?

Vor einem Jahr, als die heimatischen Herbstwolken niederweinten auf unseren Wald, hat der Bod sie gejagt; sie ist geflohen durch heiser raschelndes Gestrüpp, wimmernd in Angst und Erwartung, und als der Bod sie erreichte am Beetebach, da war das Warten lang gewesen wie ein Leben und die Erfüllung kürzer als der Tod; sie hat dich wachsen lassen in ihrem schmalen braunen Leibe, bis die Kälte kam, und dann hat die mütterliche Hegenmeisterin Natur dich innehalten lassen im Warten, so lange, bis der wärmere Frühling wieder reichere Nahrung gab, auf daß es dem Muttertier an Kraft zum Tragen nicht mangelte; dann, noch ehe die Sonne sich wieder wendete, hat sie dich auf ein Moosbett und in das wipfelgedämpfte Licht gegeben, deine Mutter, sehr sanft — und dann jählings, nach drei Tagen saugenden Lebens schon, hat sie dich verlassen, ist Wegung suchen gegangen für eine kurze Zeit, wie manchmal schon, und ein Knall ist durch den Wald gefegt wie ein naher, spitzer Donner, daß du erschrafst im allerersten Schreck deines empfindsamen Seins, und viele Stunden sind gegangen und eine Nacht, und du schriest nach warmer Milch aus warmer Brust, umsonst, mit überhell klagendem Stimmchen — wo ist nun deine Mutter, mein Reh?

Aber du weißt ja nichts mehr von dieser Rehmutter, denn Elisabeth ging mit mir durch die Kiefernsonne, und du tratest auf uns zu und nahmst dir Elisabeth zur Mutter; deine Augen sahen ja noch nicht Umriß und Umfang der Dinge, sie sahen nur Bewegung; jenes Tier, das dich gebar, hatte sich bewegt, und Elisabeth bewegte sich, und vielleicht war eine leise, gute Neugierigkeit in den Bewegungen zwischen Tierfrau und Menschenfrau; und wie du es dir gefallen liehest, wenn die Tierfrau mit zarter Nase dich in das hohe Gras stieß, um dich zu schüßen, so lizest du dir das Aufheben vom Boden mit den schühenden, schmalen Armen der Menschenfrau gefallen.

Ja, es war so, daß Elisabeth deine Mutter war, deine richtige und rechte Mutter. Du ziehest es ihr, daß sie dir nur eine kalte Glasflasche und einen häßlich riechenden Gummipfropfen reichen konnte, und daß die Milch derb und schwer war, denn sie kam von des Grobbauern ungeschlachter Kuh. Unter Schmerz und Schwäche überwand dein winziger Magen den jähen Wechsel der Nahrung; Saft aus zerstoßter Eichenrinde, vom alten Förster empfohlen, gaben wir dir als Medizin, und du lebstest.

Oh, was fandest du doch für einen Empfang bei den Tieren unseres Hauses, mein Reh! Die weißen, neugieriger Tauben vergaßen ihren ewigen Janz und schlungen um dich einen hellen, friedlichen Kranz. Der große Schäferhund leckte dir ritterlich das festhaarige Fell, und die graue Katze, derenwegen wir um dich gefürchtet hatten, weil sie Zunge hatte, zog die bösen Krallen ein, legte sich vor dir nieder und bot dir ihre winzig kleinen Zigen zum Saugen, denn die ängstliche Mutter ahnte das geängstigte Kind über Art und Unterschied der Größe hinweg. Und wenn deine Zähnen nicht zu groß und scharf gewesen wären für das zarte Rosa der Kothendrüse, wahrhaftig, du wärest ein Kothentind geworden.

Wie klein werst du doch. Wirklich, du warst kleiner als der Kater, der als einziger dich mit

Vorsicht und Mißtrauen betrachtete, bis er gewiß war, daß du auf Mäuse und Maulwürfe keinen Wert legtest. Und wie groß und unförmig waren doch wir! Meine großen Füße traten leise auf und suchten nur die Spigen der Zehen zu benutzen, wenn sie auf dich zgingen, und doch muß dir zumute gewesen sein wie einem Menschenjüngling, der unter indischen Elefanten aufwächst. Aber deine mitternde, schwarz blizende Nase wuchte sehr wohl Elisabeths schmale Hände zu unterscheiden von anderen Händen, die dir dein Essen reichen wollten, und auch meine Bronken erkennst du mit leiser Zurückhaltung als gerade noch zureichend an. Ich vermerkte es mit Stolz.

Dann waren wir roh zu dir, kleines Reh. Wir verweigerten dir die Milch. Du klagtest sehr, es war schwer anzuhören, denn deine Stimme war sehr laut geworden; aber wir blieben hart. Und nun frißt du uns schon lange alle sorgsam gepflegt, mit teuren und unverständlichen Namen behafteten Stauden des Gartens auf und läßt nur das Unkraut gewissenhaft stehen, und wir haben schmerzende Rücken vom Sammeln der Eicheln und Kastanien, und beim Frühstück erscheinst du und holst dir die dir zukommende Schnitte Brot. Pilze sammelst du dir im Wald und kommst zurück zum Haus, wenn wir dich rufen und du zufällig Hunger hast, deine großen Mandelaugen haben das weiße Schwarz tiefer Weiher im Mittagsschatten, deine Hufe, deren jeder einen sorgsam gespitzten gotischen Bogen bildet aus schwarzem Marmor, haben gelernt, auch auf Teppiche und Dielen zu treten, durch den Garten

Kurt Doberer: Der Schraubenautomat

Hämisch schnurrend hockt ein schwarzes Untier da im Saal und seine ölverschmierten Kiefern knacken. Es frißt Metall! Aus seinem Maule tropft der heiße Seifenschaum. Am scharfen Zahne krümmen sich die Späne und kräuselnd steigt der weiße Dampf um glatte Backen.

Das Vieh spuckt Schrauben aus wie Apfelsinenkerne. Es schnurrt so hämisch, weil es weiß, daß dieser magere Mann den Viertelmillimeter nicht gesehen hat, als er die Schrauben prüfen kam. Nun spuckt es sie wie Kerne aus den Zähnen, es quietscht dabei: zu kurz, zu kurz — fräst hastig die Gewinde, Gang um Gang.

Zehn — hundert — tausend Schrauben sind zu kurz! Schnell, tückisch eilend frißt das Ungetüm Metall

und kichert leise vor sich her: sind hin — zu kurz — zu kurz — sind hin — Doch niemand hört den bösen Unterton in der Maschine hartem Schall.

jagst du in Sprüngen, die Täler und Hebungen haben in rhythmischem Wechsel wie eine braune Welle vor einem weichen Wind, weiß schimmert der Spiegel von Schaum, und die großen, schlanken Lauscher spielen in der Luft wie Blätter einer seltsam schönen Pflanze —

Und heute Nacht habe ich sogar geträumt von dir, mein Reh. Ich träumte, du wärest ein Mensch geworden und durchlebst dein kleines Schicksal als Mensch. Als ein Mädchen, weißt du, schmal, gar zu schmal fast von Gelenken, dunkelgroß von Augen lang von Wimpern, feint und streng in einer groben Welt. Diese Welt bewunderte dich, liebte dich abgöttisch, sprach viel, viel zu viel. Von aus, photographierte dich, wie sie es ja wirklich tut, auch da du ein Tier bist. Aber dich, du verstandest all das Lob, und es machte dich stolz. Und du sehest auf deine Schönheit und wolltest, daß alle drauf sähen, und deine Bewegungen wurden geziert, und deine kindliche Seele ward kindlich. Und schließlich kam ein dieser Mann aus Berlin und „entdeckte“ dich und holte dich zum Film, und du tanztest die Feine, Zarte, Keusche Selbstverständliche, Adlige Spielchen, weil du es ja gar nicht mehr warst, und du gingest nach Hollywood und wurdest ein großer Star, und die Leute sahen dein Neuhäres und saßen in den Zeitungen vom Schmutz deines Inneren und jubelten dir zu, und Elisabeth und ich weinten bitterlich.

Aber dann wachte ich auf heute morgen, und es war Tag und Klosterheide und kein Kino weit und breit, und du warst gottseidank ein Tiermädchen und kein Menschenmädchen und holtest dir deine Frühstücksschnitte und adest sie grazios und taufest sie lange wieder, nicht weil wir schön fanden, sondern weil dir schmeckte — und ich entdeckte in den Tiefen des Unbewußten meinen ganz leisen Märchenwunsch nach deiner Verwandlung ins Menschliche, und ich freute mich zum allerersten Male, daß es Wunder nicht gibt, und nannte dich dankbar und mit Elisabeths Worten mein Töchterchen — weil du ein Tier warst.

Und zum ersten Male auch war ich einverstanden mit dem, was kommen wird. Es wird ein Jahr dauern oder zwei, mein Reh — dann wird aus dem Beetebach, das nicht fern ist, die kurze, herbe Stimme des Rehbocks rufen. Und mit einem großen sehr schönen Sprung wirst du über den Jaun setzen und vor unseren Augen im braunen Wald verschwinden, eine braune, weiß schäumende Welle des Glücks, der wir nur nadysehen können, weil wir ja Menschen sind, du aber bist ein Tier, trotz der zwei Jahre. Der Wald hat dich uns gegeben, der Wald wird dich uns wieder nehmen. Und am Rande des Beetebachs wird der Bod dich erreichen nach langer Angst zu tobstürzer Erfüllung, wie er deine Mutter erreichte, und du wirst tragen und nagen und darben und Kige haben, eines oder zwei, und vielleicht wirst du sie großäugig dürfen; und einmal wird wieder ein Knall sein, spitz und bellend wie naher Donner, und es wird, wenn das Geschehen des Todes Tier und Mensch gemeinsam sein sollte vielleicht noch einmal vor deinen schwarzen Augen unser weißes Haus sein —

Aber es ist Abend geworden. Geh auf deine Streu, mein Reh. Ich habe heute frisches Heu dafür geholt.

Besitzsubventionen statt Winterhilfe

Schöne Worte und unwirksame Beschlüsse — Die Argumente des Herrn von Krosigk

Man muß die Dinge sehen, wie sie wirklich sind: die Koalition zwischen Schleicher, den Nazis und den übrigen bürgerlichen Parteien ist faktisch schon gebildet, das Zusammenspiel funktioniert schon ausgezeichnet. Der beste Beweis dafür sind die Vorgänge anlässlich des sozialdemokratischen Vorstoßes für die Winterhilfe. Alle Parteien heucheln zwar Sympathie für die Winterhilfe, ja selbst ihr Umfang wurde dem Haushaltsausschuß des Reichstags nach dem sozialdemokratischen Antrag (20 Zentner Kohle und wöchentlich 2 Kilogramm Brot und 1/2 Kilogramm Fleisch) bemessen.

Aber als man an die Kernfrage herankam, an die Frage der Bereitstellung der Mittel, da zeigte es sich, daß alles nur echt bürgerliche Heuchelei war.

In einem raffinierten Zusammenspiel zwischen dem Finanzminister Krosigk, den Nazis und den übrigen bürgerlichen Parteien wurden die sozialdemokratischen Deckungsanträge abgelehnt und damit der Winterhilfebeschluss des Haushaltsausschusses selbst völlig illusorisch gemacht.

Dabei zeigte sich klar, wie schwer es ist, einen Unterschied zwischen Papen und Schleicher herauszufinden. Die Stellung, die der Finanzminister Krosigk einnahm und mit der er im holden Verein mit den Nazis und den übrigen bürgerlichen Parteien

die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge zu Fall

brachte, unterschied sich in nichts von der Haltung der Papen-Regierung zu sozialen Fragen.

Krosigk behauptete erstens, daß die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge unzureichend sind, und zweitens, daß sie undurchführbar sind. Bei der ersten Behauptung machte sich Krosigk die Sache sehr leicht. Er ging bei der Ablehnung der erforderlichen Aufwendungen von den allerhöchsten Preisen aus und bediente sich bei den Deckungsvorschlägen des Vorwands, sie bloß auf die kurze Zeit bis zum Ende des Rechnungsjahres zu beziehen, statt auf ein ganzes Jahr. Überdies vergaß er auch dabei noch einige wichtige Deckungsposten.

In Wirklichkeit sieht aber die Deckungsrechnung folgendermaßen aus: Für die vier-

monatige Belieferung der Hilfsbedürftigen mit Rohle, Brot und Fleisch würden Kosten von 180 bis 190 Millionen entstehen. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Rohle zu Exportpreisen berechnet, frachtfrei geliefert und von den Unterstützungsberechtigten vom Bahnhof abgeholt werden; beim Brot müssen Mäcker und Bäcker auf einen Teil der Handelsspanne verzichten, was ihnen um so eher zugemutet werden kann, als es sich um einen zusätzlichen Absatz handelt; beim Fleisch soll eine Verbilligung für die Unterstützungsberechtigten um 30 Pf je Pfund eintreten.

Diesen Mehrausgaben stehen folgende Deckungsmittel gegenüber: Zollmehreinnahmen infolge Aufhebung des Beimischungszwanges von 31 Millionen Mark, die Heraushebung der Ausgleichsabgabe für inländische Treibstoffe auf die Höhe des Zolltarifs würde 70 Millionen Mark bringen, die Einhebung der Marktstützungsmittel des Reichsernährungsministeriums 64 Millionen und die Anrechnung rückständiger Steuern des Rohlenbergbaus für Kohlenlieferungen allermindestens 20 Millionen; das ergibt also zusammen mindestens 185 Millionen Deckungsmittel, also genau den Betrag, der für die Winterhilfe gebraucht wird.

Wenn also Krosigk behauptet, daß die Deckungsvorschläge ungenügend sind, so verhält er damit in Wirklichkeit nur seine eigentliche Absicht: an den ungerechtfertigten Subventionen für den Besitz nicht zu rütteln.

Charakteristisch dafür ist seine Einstellung zur Ausgleichsabgabe. Er hat es schon als ein großes Zugeständnis hingestellt, daß die Ausgleichsabgabe, die die inländischen Mineralölherzeuger zum Ausgleich für die Zollbelastung der ausländischen Erzeuger zu zahlen haben, wieder auf die ursprüngliche Höhe heraufgesetzt wird. Dabei stellte die willkürliche Herabsetzung der Ausgleichsabgabe durch das Reichsfinanzministerium eine in jeder Beziehung ungerechtfertigte Subvention an die IG, und an die Schwerindustrie dar, und auch die jetzt angeforderte Herabsetzung ist völlig ungenügend, denn im-

zwischen ist der Benzinpreis unter Mitwirkung der IG durch monopolistischen Nachmittelsbrauch auf eine übermäßige Höhe hinaufgetrieben worden, die jegliche Subventionierung der inländischen Treibstoffherzeugung völlig überflüssig macht. Es muß darum gefordert werden, daß

die Ausgleichsabgabe auf die volle Zollhöhe heraufgesetzt

wird. Selbst dann würden die inländischen Treibstoffherzeuger noch von den Kartellpreisen profitieren, solange die Reichsregierung ihre Pflicht, das Kartell zur Herabsetzung der Benzinpreise zu zwingen, vernachlässigt.

Ebenso ungerechtfertigt ist die Beibehaltung des Beimischungszwanges von Branntwein zu Benzin, an dem die Regierung Schleicher festhalten will. Damit wird der Staat einer wichtigen Einnahmequelle beraubt und der Kraftverkehr gedrosselt, bloß um eine volkswirtschaftlich überflüssige, unrationelle und kostspielige Form der Subventionierung der Großagrarien aufrechtzuerhalten. Es wurde von sozialdemokratischer Seite schon wiederholt der Weg gezeigt, wie bei voller Wahrung der Interessen der östlichen Landwirtschaft die Branntweinwirtschaft erfolgreich umgestellt, wesentliche Einsparungen gemacht und auf den Beimischungszwang verzichtet werden könnte.

Es bleibt also als Ergebnis des sozialdemokratischen Vorstoßes zugunsten der Interessen der Armen, daß die Regierung Schleicher im trauten Verein mit den Nazis und allen anderen bürgerlichen Parteien für das durch die Winterhilfe so verschärft bedingte Krisenopfer genau so wenig Verständnis zeigt wie die Regierung Papen. Genau so wie die Regierung Papen zeigt sie aber das wärmste Verständnis für die Aufrechterhaltung aller volkswirtschaftlich unbedingten und finanziell kostspieligen Subventionen an die Besitzenden. Besitzsubventionen statt Winterhilfe — gibt es einen kräftigeren Ausdruck für die Grausamkeit bürgerlicher Wirtschaftspolitik und eine schärfere Form der Selbstentfremdung sowohl der Nazis wie der angeblich sozial gestimmten Regierung Schleicher?

Ein Projekt und ein Dementi

Das Reich, IG-Farben und Gelsenkirchen

Seit das Reich durch Herrn Hilde Glatts die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. vor der Zahlungsstellung setzen und mit der Herrschaft über Gelsenkirchen auch die über den Stahlverein übernehmen mußte, wird mit aller Gewalt daran gearbeitet, das Reich aus seiner Herrschaftstellung wieder herauszudrängen. Die Sache hat ihren Haken; denn es fehlt das Geld, dem Reich die 125 Millionen Gelsenkirchen abzukufen. Die 100 Millionen Mark, die das Reich ausgegeben hat, einfach den Schwerindustriellen Interessierten zu schenken, dafür fehlte aber auch der autoritären Papen-Regierung der Mut.

Zu der Anzahl der in dieser Sache bereits lancierten Projekte kam gestern ein neues, besonders interessantes Projekt. Warmbold verhandelt für die Reichsregierung mit dem IG-Farben-Konzern, dem die Rhein Stahl-A.G. gehört, ein großer westlicher Jochenberger Rhein Stahl behält 71 Millionen nominaler Stahlvereinsaktien. Rhein Stahl wollte dem Reich diese Stahlvereinsaktien überlassen, wenn das Reich seinerseits von seinen 125 Millionen Gelsenkirchen 50 Millionen an Rhein Stahl, d. h. IG-Farben übergebe.

Vikant ist die Sache, weil hier Warmbold als früherer IG-Vorstand gewissermaßen mit sich selbst verhandelt hätte. Das macht es wohl auch erklärlich, daß mit letzterem Promphel von der Reichsregierung ein kategorisches Dementi losgelassen wurde, das lautet: Die Reduktion eines Berliner Mittagsblattes über angebliche Verhandlungen des Reiches mit der IG-Farbenindustrie über den Austausch von Gelsenkirchenaktien gegen Stahlvereinsaktien ist vollständig aus der Luft gegriffen.

Wir wollen hoffen, daß nicht nur die behaupteten Verhandlungen, sondern auch das Projekt selbst und jedes Interesse des Reiches an einem solchen Projekt „vollkommen aus der Luft gegriffen“ sind. Dementis sind nicht immer die zuverlässigsten Wahrheitsquellen gewesen. Wäre die Sache nämlich wahr, wäre sie ein großer Skandal.

Das Reich hat die Gelsenkirchenaktien nämlich enorm überbezahlt. Das hatte noch einen gewissen Sinn; denn die mit der Gelsenkirchenherrschaft verbundene Beherrschung von 463 Millionen Stahlvereinsaktien bedeutete auch die Mehrheitskontrolle über die Vereinigten Stahlwerke. Gäbe das Reich jetzt 50 Millionen Gelsenkirchenaktien an den Stahlverein, so hätte es, obwohl es an sich schon ein schlechtes Geschäft ist, bei Gelsenkirchen nicht mehr allzu viel und im Stahlverein fast gar nicht mehr zu sagen. Das Reich hätte statt zwei Majori-

täten zwei Minoritäten, mit denen sich nichts anfangen ließe. Die Reprivatisierung des Stahlvereins wäre größtenteils nutzlos. IG-Farben, Thyssen, Otto Wolff wären die Herren, und das Reich, das 100 Millionen geopfert hat, wäre mit den Steuerzahlern der Betrogenen. Das Geschäft wäre ein absolut einseitiger Gewinn für IG-Farben, das in Gelsenkirchen über eine neue ausgezeichnete Kohlenbasis verfügen und zugleich den riesigen Ruhrkohlenkomplex noch viel entscheidender als bisher mitbeherrschen würde, und die Ruhrherren wären im Stahlverein wieder unter sich.

Mag das Reich über die Sache noch nicht verhandelt haben: sicher ist das Projekt für die IG-Farben erst und für viele Ruhrkreise ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Generaldirektor Hoffmeyer von Rhein Stahl hat in der September-Generalsammlung von ähnlichen Interessen der IG gesprochen und es mußte auffallen, daß der Stahlvereinskurs sich in den letzten Monaten auf über 30 Proz. verdoppelt und sein Umtauschverhältnis zu Gelsenkirchenaktien außerordentlich verbessert hat. Höchste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist also geboten.

Diese Aufmerksamkeit ist um so mehr geboten, als man von Herrn von Platom's fiesem Bericht über Gelsenkirchen und den Stahlverein noch immer nichts hört. Heute ist in Offen die Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft. Herr von Platom wird wahrscheinlich das Reich vertreten. Auch diese Generalversammlung wird wieder die Bescheid perzipiert bekommen, daß „der“ Platom-Bericht (der „wieselte“, best nicht schon wieder ein neuer vor mit etwas Wasser im Thyssen-Wein?) noch nicht fertig sei und daß über die Sanierung des Stahlvereins noch nichts gesagt werden könne.

Wir sind der Meinung, daß den hochpolitischen Schieberellen um des Schicksal des Stahlvereins endlich durch die Veröffentlichung der Platom-Berichte ein Ende und mit der ernsthaften öffentlichen Diskussion ein Anfang gemacht werden muß. Das Aufbunkeln zwischen der Ruhr und den Berliner Beherrschern bekommt weder dem Ansehen des Reiches noch dem Stahlverein selbst.

Stillhalte-Konferenz einberufen

Nach Beendigung der Londoner Vorverhandlungen hat der Vorsitzende des Ausschusses für das Deutsche Kreditabkommen von 1932, Albert H. Wiggin, die Konferenz zur Revision

des Vertrages auf den 30. Januar 1933 nach Berlin einberufen. Das bisherige Abkommen läuft am 28. Februar 1933 ab. Es handelt sich bei der bevorstehenden Konferenz um die Verlängerung der Stillhaltung von rund 4 Milliarden kurzfristiger Auslandskredite bei gleichzeitiger Forderung der Stillhaltebedingungen im Interesse der Gläubiger.

Neue Bergmann-Verluste

Stabilisierung des Auftragsenganges

In den ersten neun Monaten dieses Jahres konnte die Bergmann-Elektrizitätswerke A.G. ihre finanzielle Lage durch Abbedung von Schulden, Agerabbau und Kostenreduktion wesentlich entlasten.

Wie auf der Aufsichtsratsstagung am Dienstag aber mitgeteilt wurde, sind zu den 26 Millionen Verlust des vergangenen Jahres neue Verluste hinzugekommen. Die Sanierungsprojekte und der Umfang des Kapitalchnittes werden im kommenden Frühjahr mit dem Jahresabschluss für 1932 veröffentlicht.

In den letzten Monaten hat sich der Auftragsbestand in den Spezialgebieten, die Bergmann als Fabrikationsgebiet von seinen jetzigen Beherrschern Siemens und AEG gelassen wurden, nicht mehr verschlechtert. Lieber den Stand der Belegschaft, die im Frühjahr noch 2500 Mann umfaßte, wird nichts gesagt. Sie dürfte aber nicht mehr 1000 Mann betragen.

Belegung bei der Post

Sonderaufträge 7-Kilo-Pakete als Postgut

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschäftigte sich, wie vom Reichspostministerium mitgeteilt wird, in seiner Diensttagung im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten. Der Reichspostminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstzweigen eine über die Saison hinaus hinausreichende konjunkturelle Verkehrsbelegung bemerkbar sei.

Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Reichspost bekanntlich aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen einstufigen Zusatzaufträge in Höhe von 34 Millionen herausgegeben. Von diesen entfallen 17 Millionen auf den Kaminbau, 10 Millionen auf die Kabelindustrie, etwa 5 Mi-

llionen auf Hochbauten und Geräte aller Art und etwa 2 Millionen auf die Fahrzeugfabriken.

Der Verwaltungsrat genehmigte sodann eine Verlängerung der Fristen für die erleichterte Wiedereinrichtung gekündigter Fernsprechanstaltungen. Danach kann ein Teilnehmer, der seinen Anschluß bis zum 31. Dezember 1933 infolge wirtschaftlicher Notlage kündigt, die Wiedereinrichtung des Anschlusses innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ohne erneute Entrichtung der Einrichtungs- und Apparategebühren beantragen.

Weiter brachte die Verwaltung zur Kenntnis, daß über die Frage der Beseitigung des Wettbewerbs auf dem Gebiete des Kleingüterverkehrs zwischen Reichspost und Reichsbahn nunmehr ein Übereinkommen getroffen worden ist. Danach werden die vergleichbaren Tarife beider Verwaltungen so gestaltet, daß für Sendungen bis zum Gewicht von 7 Kilogramm einschließlich die Tarife der Reichspost, für schwerere Sendungen die Tarife der Reichsbahn billiger sind. Der Postpakettarif ändert sich dadurch nicht.

In diesem Zusammenhang kündigte der Reichspostminister an, daß die Post für den Massenpaketverkehr zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Kleingüterendung bis zum Höchstgewicht von 7 Kilogramm einführen solle, die die Bezeichnung „Postgut“ erhalten soll. Zustellgebühren werden nicht erhoben. Die neue Verwendungsart soll zunächst versuchsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendet sind.

Landwirtschaft in USA.

Halbierter Produktionserlös

Das amerikanische Landwirtschaftsministerium schätzt den Bruttoerlös der Landwirtschaft in USA. für das laufende Jahr auf insgesamt 5,24 Milliarden Dollar gegen 6,96 Milliarden 1931, 9,41 Milliarden 1930 und 11,95 Milliarden 1929. Die gegenüber 1929 zu verzeichnende Schrumpfung des Jahreserlöses um 6,71 Milliarden Dollar oder um 56 Proz. wird sowohl auf den starken Preissturz der letzten Jahre als auch auf die im Gefolge der Weltwirtschaftsdepression eingetretene Drosselung des Konsums zurückgeführt. Im einzelnen haben sich die Bruttoerlöse der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionszweige wie folgt entwickelt:

	1929	1931	1933
in MILL. Dollar			
Getreide	1 288	465	361
Obst, Früchte, Nüsse	715	476	367
Gemüsebau	1 128	736	632
Baumwolle	1 389	520	397
Tobak	286	156	130
Biehwirtschaft	2 607	1 656	1 122
Geflügelzucht	1 254	512	608
Molkereiprodukte	2 333	1 617	1 180

Ueber die Entwicklung der Ausgaben der Landwirtschaft sind für das laufende Jahr noch keine Erhebungen veranstaltet worden. Nach Ansicht des amerikanischen Handelsministeriums dürften die Kosten auch in diesem Jahre weiter gestiegen sein, und zwar hauptsächlich durch Einsparungen in der Düngerverwendung, bei Maschinenanschaffungen und bei Instandsetzungsarbeiten. Die Ausgabenentlastung dürfte jedoch keineswegs ausreichend sein, um die Schrumpfung der Bruttoerlöse aufzuwägen. So daß mit einer weiteren empfindlichen Rentabilitätsverschlechterung in der amerikanischen Landwirtschaft gerechnet werden muß.

Arbeitsbeschaffung

Will Gereke anfangen?

Zwischen dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke, und dem Präsidenten des Bundestages fand eine eingehende Besprechung der mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Fragen statt. Das Ziel, die unentgeltliche finanzielle Belastung der Bezirksfürsorgeverbände durch Senkung der Wohlfahrtsverbandsbeiträge sichtbar zu vermindern, kann nur durch direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung erreicht werden. Man war sich darüber einig, daß schnelles Handeln unbedingt geboten sei, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Durch beschleunigte Arbeitsbeschaffung auf dem Wege über Vergütung öffentlicher Leistungen wird nicht nur den Gemeinden und Kreisen Erleichterung gebracht, sondern die dadurch hervorgerufenen größeren Beschäftigung der Privatindustrie läßt weitere mögliche Erleichterung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eintreten. Das Reichsamt soll in diesen Tagen zur Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen.

Beizpächter Jochenabschluß. Die Reichsag., Niedersächsische Bergbau-A.G. in Wobdenburg veröffentlicht jetzt erst ihren Abschluß für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1931/32. Der Rohüberschuß erreichte mit 7,2 gegen 9,3 Millionen Mark. Bei erheblich gestiegenen Steuern und Sozialabgaben von 5,65 Millionen Mark, erhöhten Zinsen und Abschreibungen bleibt ein Verlust von 3,73 Millionen. Das Aktienkapital beträgt nach wie vor 40 Millionen.

Refordernis in Argentinien. Nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums hat Argentinien die größte Ernte an Hafer, Gerste und Roggen zu erwarten, die das Land je gehabt hat.